

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

35. Sitzung vom 14. Oktober 2013 von 18:00 Uhr bis 23.45 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Marlis Spörri, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **18.00 Uhr – 18.30 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrates: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

18.30 Uhr – 22.40 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

22.40 Uhr – 23.45 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeinderat

Weitere Anwesende
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Nicole Imfeld, Leiterin Abteilung Planung, Bau und Umwelt
Florian Püntener, Bereichsleiter Liegenschaften
Carmine Monteleone, Projektleiter Hochbau
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter

Urs Spillmann, Leiter Soziale Dienste
Ernesto Hitz, Schulverwalter
Werner Lüpold, Betreibungsbeamter
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Beat Herzog, Leiter Regionale ZSO
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Guido Benz, Vizepräsident Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
René Bossert, Bereichsleiter EDV
Marcel Christen, Feuerwehrkommandant

Entschuldigungen

Cyrille Meier, SP (ab 18.30 Uhr anwesend)
Gallati Jean-Pierre, SVP (bis 22.40 Uhr anwesend)
Dieter Hafen, CVP
Meinrad Meier, CVP
Omodei Stefano, SP

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Budget 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (12140)

Spörri Marlis, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 23. September 2013 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 12141 Stellenausbau bei den Sozialen Diensten
- Bericht und Antrag 12142 Stellenausbau bei den Sozialen Diensten - SVA-Zweigstelle
- Bericht und Antrag 12143 Stellenausbau bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt
- Bericht und Antrag 12144 Stellenausbau im Bereich Informatik
- Motion 12145 Harry Lütolf, CVP, vom 23. September 2013 betreffend obligatorische Begrüssungsgespräche für Neuzuzüger
- FIKO-Bericht zum Budget 2014
- Bericht und Antrag 12146 Nutzungsplanung Siedlung Revision Bauzonenplan

Mitteilungen

Spörri Marlis, Präsidentin:

Rücktritt Alain Thiébaud

Wie Sie bereits wissen, tritt Alain Thiébaud per 16. Oktober 2013 aus dem Einwohnerrat zurück. Sein Rücktrittsschreiben habe ich an der letzten Einwohnerratssitzung vorgelesen.

Lieber Alain

Diesmal hattest du ein kurzes Gastspiel in diesem Einwohnerrat. An der letzten Budgetsitzung im Jahr 2012 wurdest du in Pflicht genommen und heute, ein Jahr später, an der Budgetsitzung wirst du wieder verabschiedet. Wie wir aus deinem Rücktrittsschreiben erfahren haben, ziehst du um nach Zürich und wirst dich auch dort weiterhin politisch engagieren. Bereits im Dezember stellst du dich dort wieder als Gemeinderat zur Wahl, bei uns wäre das der Einwohnerrat. Wir wünschen dir bei dieser Wahl viel Erfolg und für deine weitere Zukunft alles Gute. Ich danke dir für deine Arbeit hier im Einwohnerrat und für die Einwohner von Wohlen und überreiche dir, auch im Namen des Einwohnerrates, eine Flasche Wein.

Marlis Spörri überreicht Alain Thiébaud das Abschiedsgeschenk.

Angst Daniel, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission durfte das Budget nach der HRM2-Umstellung zum ersten Mal prüfen. Das war schwieriger als in den Vorjahren, weil wir zum aktuellen Budget 2013 keinen Vergleich hatten. Wir möchten an dieser Stelle allen Leuten danken, die an der Ausarbeitung des Budgets beteiligt waren. Die Umstellung durchzuführen und sie auch sauber darzustellen, war ein grosser Aufwand.

Die Finanzkommission hat das Budget in Einzelsitzungen geprüft und einen Fragenkatalog erstellt, dieser wurde dann den zuständigen Personen Matthias Jauslin und Gregor Kaufmann zur Beantwortung zugestellt. Die Fragen konnten fast alle zufriedenstellend beantwortet werden.

Wie Sie dem Budget entnehmen können, beantragt der Gemeinderat auch eine Steuerfusserhöhung von 3%. Ich gehe davon aus, dass dieser Punkt heute Abend noch zu reden geben wird.

Betreffend Investitionen betragen die Ausgaben rund CHF 3'000'000.00, dieser Zahl stehen rund CHF 1'600'000.00 Einnahmen gegenüber. Damit ergibt sich eine Nettoinvestitionssumme von CHF 1'400'000.00. Die Details sind im Budget 2014 auf der Seite 43 und 44 beschrieben. Auch die externe Revisionsstelle BDO AG hat das Budget geprüft und dazu keine wesentlichen Anmerkungen gemacht.

Bei den Nettoausgaben ist eine ansteigende Tendenz zu verzeichnen, was nicht wirklich überraschend ist. Diese Tendenz, vor allem in den gebundenen Ausgaben, bereitet der Finanzkommission Sorgen. Es gibt einen grossen Teil gebundene Ausgaben, die vom Kanton einfach in Rechnung gestellt werden und wir im Einwohnerrat können nicht darüber befinden, ob wir diese für richtig erachten oder nicht. Wir werden nur über einige wenige Positionen, beziehungsweise deren Einsparpotential, diskutieren können. Dies zeigt auch, in welchem engen Rahmen sich ein Gemeindebudget bewegt, und wie wenig Einfluss diesbezüglich auf die Ausgaben genommen werden kann.

Die Interpretation des Ergebnisses ist ein wichtiger Punkt. Sollte die 3% Steuererhöhung beim Volk oder im Einwohnerrat nicht bewilligt werden, führt dies zu Mehrausgaben von CHF 750'000.00 und einer engen Finanzlage. Es liegen bereits Anträge für Stellenausbau und Lohnerhöhungen vor, in der Gemeindeverwaltung. Daraus werden sich, bei einer Annahme, Mehrkosten ergeben, die sich bemerkbar machen werden.

Die Kennzahlen sind im HRM2 viel umfangreicher dargestellt, als im früheren System. Früher hatten wir acht Kennzahlen, heute verfügen wir über viel ausführlichere betriebswirtschaftliche Kennzahlen. Wir können diesen entnehmen, dass die Nettoschuld pro Einwohner nicht sehr hoch ist, das wiederum zeigt, dass sich die Leute momentan nicht verschulden wollen. Diese Nettoschuld könnte aber bei zunehmenden fremdfinanzierten Ausgaben ansteigen. Wir haben im letzten Jahr bereits darauf hingewiesen, dass sich die Nettoschuld künftig erhöhen wird. Man kann darüber diskutieren, ob dies positiv oder negativ ist.

Die Finanzkommission hat kontrovers diskutiert und sich schlussendlich entschieden, das Budget 2014 dem Einwohnerrat auf der Basis des Steuerfusses von 113% zu unterbreiten, also ohne Erhöhung des Steuerfusses.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich freue mich darüber, Ihnen das Budget 2014 vorstellen zu dürfen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, die an der zusätzlichen Informationsveranstaltung teilgenommen haben.

Ich möchte gerne auf zwei oder drei Punkte genauer eingehen. Das Ziel von HRM2 ist ein harmonisiertes Rechnungslegungsmodell auf allen Stufen. Bis anhin haben wir unser Vermögen nicht dargestellt, es war zum Beispiel nicht ersichtlich, welchen Wert ein Schulhaus oder der Friedhof besitzt. Auch die Strassen und Landteile wurden nicht dargestellt, diese werden in der Bestandesrechnung 2014 vorgelegt werden.

Neu ist auch, dass Abschreibungen direkt bei den Positionen dargestellt und vorgenommen werden. Wenn Sie das Budget in Ihren Fraktionen behandelt haben, werden Sie festgestellt haben, dass dies echte Zahlenverschiebungen sind und damit ganz andere Positionen entstehen können. Die verbesserte Transparenz und Rechnungslegung, vor allem bezüglich Bilanzwahrheit und Klarheit, sind die Grundsätze, die hier verfolgt werden.

Zielsetzungen HRM2

- Harmonisierung der Rechnungslegung
- Orientierung an den IPSAS-Richtlinien (International Public Sector Accounting Standards) und Privatwirtschaft
- Tatsächliche und standardisierte Darstellung der Vermögens- und Schuldensituation
- Verbesserte und logischere Darstellung der funktionalen und volkswirtschaftlichen Gliederung
- Verbesserung der Transparenz der Rechnungslegungen und bezüglich Bilanzwahrheit und –klarheit

Bei der Gliederung möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir zuerst einmal die Einwohnergemeinde konsolidiert haben. Wir haben alle unsere Betriebe dazugerechnet, auch die Abfallbewirtschaftung, den Sprachheilkindergarten und die Heilpädagogische Sonderschule, sie sind nun Bestandteil der Gesamtrechnung.

Dann haben wir die Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierungen dargestellt. Die Spezialfinanzierungen müssen über Gebühren oder Abgaben finanziert werden. Es handelt sich um den Sprachheilkindergarten, die Heilpädagogische Sonderschule, die Abwasserentsorgung und die Abfallbewirtschaftung.

Gliederungen beachten:

- Einwohnergemeinde konsolidiert (ab Seite 45)
- Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierung
- Spezialfinanzierung Sprachheilkindergarten
- Spezialfinanzierung Heilpädagogische Schule
- Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung
- Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft

Was sind Aufwertungsreserven? Dadurch, dass der Bestand bewertet wurde, weisen wir viel mehr Geld in den Beständen aus als früher, und unsere Bilanzsumme wird viel grösser. Diese Aufwertungsreserve dürfen wir in einer Übergangsphase dazu verwenden, unser Budget besser darzustellen. Sie sehen hier an einem Beispiel die Handhabung der neuen Regelung. Sie müssen wissen, dass das Ausmass der Aufwertung, welche im ganzen Kanton Aargau stattfinden wird, noch nicht ganz klar ist. Man weiss noch nicht, welche Bilanzsumme die 216 Gemeinden ausweisen werden. Der Kanton hat auch noch keine Weisung erlassen, wie lange wir die Aufwertungsreserven werden führen dürfen. Wir gehen davon aus, dass es zwei bis drei Jahre gehen wird, bis wir klare Vorgaben erhalten werden.

Aufwertungsreserven

- Aufwertungsreserve deckt höheren Abschreibungen
- Entnahme, wenn HRM2 Abschreibungen grösser als vorgeschriebenen Abschreibungen unter HRM1.

9990.4895 (Erläuterungen Seite 42)

Planmässige Abschreibungen HRM2 (kumuliert)	CHF 2'691'800
Abschreibungen HRM1 Budget 2013	CHF 178'900
Differenz = Entnahme aus Aufwertungsreserve	CHF 2'512'900

- Ausmass Aufwertungen erst nach Rechnungsabschluss
- Gemeindeabteilung wartet mit Anweisungen

Im Ergebnis der Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierung sehen Sie, dass wir CHF 58'000'000.00 betrieblichen Aufwand und CHF 55'000'000.00 betrieblichen Ertrag ausweisen. Das zeigt, dass wir höhere Ausgaben als Erträge haben. Dies ist nicht nur dadurch entstanden, dass wir mehr Geld ausgegeben haben, sondern auch dadurch, dass die Abschreibungen bereits in den einzelnen Positionen aufgeführt sind. Dies führt zu einem Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit von minus CHF 2'900'000.00. Wenn wir zu einem späteren Zeitpunkt einmal keine Aufwertungsreserven mehr geltend machen können, wird dieser Betrag, aus dem Ergebnis heraus, auch effektiv zur Verfügung stehen müssen.

Das Ergebnis aus den Finanzierungen, die CHF 1'400'000.00 dazu gezählt, ergibt dann ein operatives Ergebnis von CHF 1'500'000.00. Hier kommt die Aufwertungsreserve ins Spiel: Wir können vorläufig eine Korrektur von CHF 2'500'000.00 vornehmen. Dies ergibt dann in der Einwohnergemeinde ein positives Gesamtergebnis von CHF 994'000.00.

Ergebnis Einwohnergemeinde

Einwohnergemeinde (Ergebnis ohne Spezialfinanzierungen)	Budget 2014
Betrieblicher Aufwand	58'614'200
Betrieblicher Ertrag	55'631'300
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2'982'900
Ergebnis aus Finanzierung	1'468'800
Operatives Ergebnis*	-1'518'100
Ausserordentlicher Ertrag	2'512'900
Gesamtergebnis	994'800

*Seite 3 falsche Zahl übertragen → Seite 47 richtig

Zu den gebundenen Ausgaben möchte ich folgende Anmerkungen machen: Sie sehen hier Besoldung Lehreranteil 2009 bis 2012, das sind effektive Rechnungszahlen. 2013 und 2014 sind Budgetzahlen, zu welchen wir noch keine Rechnungszahlen haben. In Zukunft wird die Spitalfinanzierung Sache des Kantons und die Pflegefinanzierung Sache der Gemeinden sein, das führt dazu, dass es einen Ausgleich braucht. Dem Grossen Rat ist nichts anderes eingefallen, als diese Kosten auf den Besoldungsanteil der Lehrpersonen draufzuschlagen. Die Spitalfinanzierung werden wir 2014 nicht mehr bezahlen müssen. Sie sehen, dass wir 2009 Kosten von CHF 1'300'000.00 hatten und aktuell Kosten von CHF 2'480'000.00 haben. Ab 2014 werden wir dafür nichts mehr bezahlen müssen.

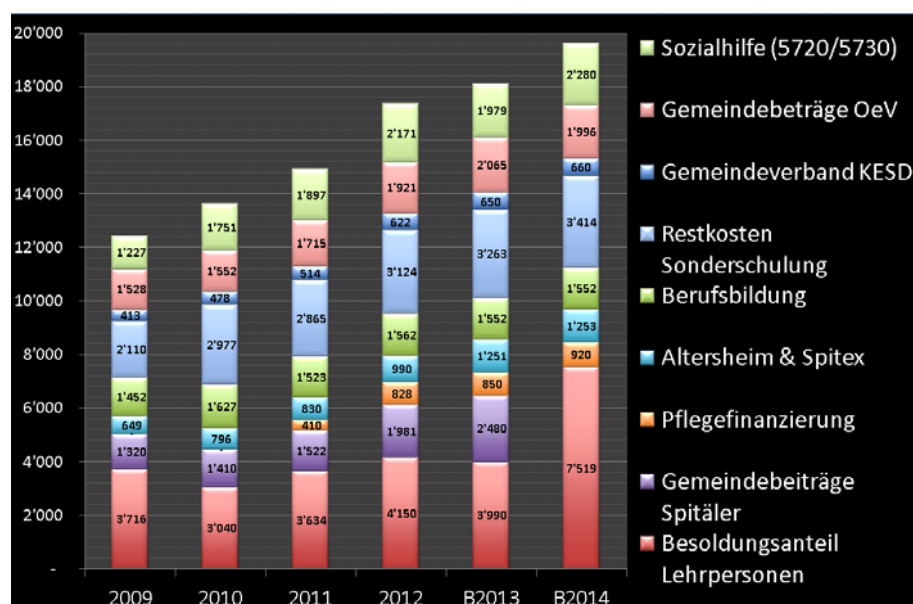
Die Pflegefinanzierung, welche momentan alleine durch die Gemeinden finanziert wird, kostete 2011 CHF 410'000.00 und wird 2014 CHF 920'000.00 kosten. Dieser Betrag ist nicht beeinflussbar, weil er sich direkt nach der Anzahl Fälle, die bewirtschaftet werden müssen, richtet. Die Kosten für das Altersheim und die Spitex sind Aufgabe der Gemeinde, mit der Patientenbeteiligung, die Sie als Einwohnerrat auch bewilligt haben, die unser Budget belasten. Im Jahr 2009 hatten wir Ausgaben von CHF 650'000.00 und 2014 werden es CHF 1'250'000.00 sein, damit hat sich diese Zahl in den wenigen Jahren verdoppelt.

Die Kosten für die Berufsbildung haben sich nicht stark verändert. Wir haben für 2013 und 2014 in etwa die gleichen Zahlen budgetiert. Grosse Veränderungen gibt es aber bei den Restkosten Sonderschule, diese Kosten werden gesamthaft durch die Bevölkerungszahl von rund 600'000 Einwohnern des Kantons Aargau geteilt, dann werden sie mit der Einwohnerzahl einer Gemeinde multipliziert. Diese Kosten betrugen 2009 CHF 2'100'000.00 und belaufen sich heute auf CHF 3'400'000.00.

Die Kosten für den Gemeindeverband Kinder und Erwachsenenschutzrecht (früher Vormundschaft) sind auch leicht gestiegen.

Der Gemeindebetrag für den öffentlichen Verkehr ist von CHF 1'500'000.00 auf CHF 1'990'000.00 gestiegen.

Die Sozialhilfe betrug im 2009 rund CHF 1'200'000.00 und beträgt nun CHF 2'280'000.00.



Es gibt Parteien die meinen, eine Steuererhöhung sei nicht richtig, weil nicht mehr Leistungen erbracht würden. Das ist nicht korrekt, wir verfügen über deutlich mehr Leistun-

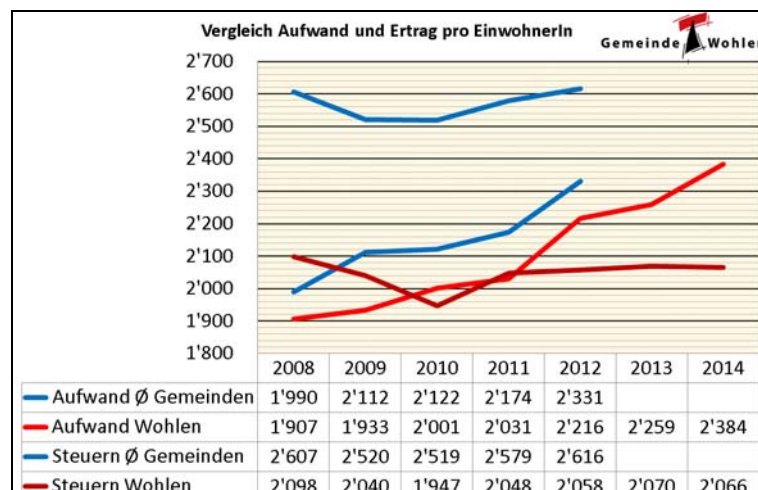
gen. Es sind Leistungen, die uns der Kanton zur Verfügung stellt, die wir aber selbstverständlich auch bezahlen müssen, sie können der Kantonsrechnung entnommen werden.

Von 2009 bis 2014 gab es eine Zunahme der gebundenen Ausgaben von CHF 7'200'000.00, das ist eine Erhöhung um 57.8%. 2014 werden wir aber auch eine kleine Entlastung erhalten, durch den Ausgleichsbetrag Spital von CHF 1'600'000.00 und den Sonderbeitrag Finanzausgleich von CHF 520'000.00, welche die Gemeinde Wohlen erhalten wird. Die beiden Positionen wurden vom Grossen Rat noch nicht bewilligt, sie werden Ende Jahr dort behandelt werden. Die Position von CHF 1'600'000.00 ist nicht bestritten, über die andere Position von CHF 520'000.00 wurde aber in der ersten Lesung diskutiert, und es gab einen Antrag, diese Position gesamthaft zu streichen. Ich bitte die hier anwesenden Grossräte, welche diesen Antrag abgelehnt haben, in der zweiten Lesung zuzustimmen. Es macht keinen Sinn, dass wir diese CHF 520'000.00 selbst tragen müssen.

Zusammenfassung:

- 2009-2014 Zunahme gebundene Ausgaben 7.2 Mio. +57.8%
- Entlastung Ausgleichsbetrag Spital 1,166 Mio.
- Entlastung Sonderbeitrag Finanzausgleich 0,52 Mio.
- Wegen diesen Beiträge Spitalfinanzierung ausgeglichen
- Zunahme Steuererträge (inkl. Sonderbeitrag) +15.2%

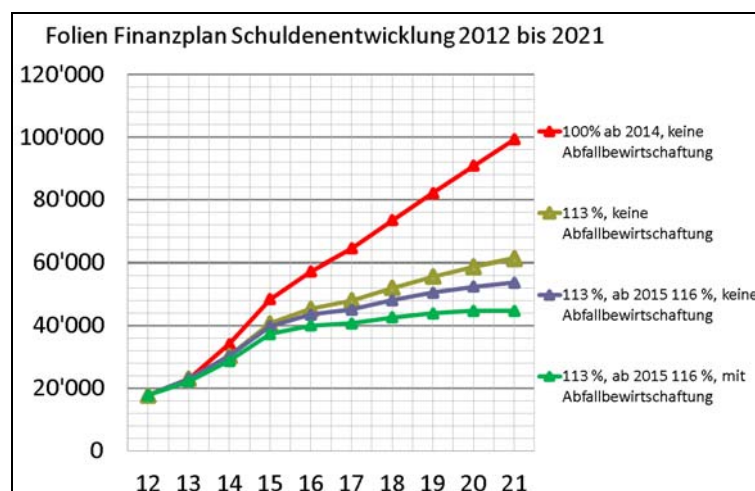
Die Zunahme der Steuererträge beträgt 15,2%, dem gegenüber stehen aber Mehrausgaben von 57,8%, diese Differenz kann nicht durch die Gemeindekasse getragen werden. Ich möchte dies anhand eines Diagrammes erläutern. Auf der blauen Kurve sieht man den durchschnittlichen Aufwand aller Gemeinden des Kantons Aargau, das sind CHF 1'990.00 pro Kopf und pro Jahr, die eine Gemeinde im Jahr 2008 benötigte, 2012 betrug dieser Betrag CHF 2'331.00. Es gibt in diesem Saal Personen die glauben, dass wir kein Einnahmen sondern ein Ausgabenproblem hätten und dass wir noch mehr sparen könnten. Wir haben aber bereits einen kleineren Aufwand als der Rest der Aargauer Gemeinden, dies ist die rote Kurve. Wenn wir dieser Zahl nun die Steuereinnahmen gegenüberstellen, sieht man, dass die Gemeinde Wohlen deutlich weniger einnimmt als die anderen Gemeinden. Unser Steuerertrag pro Kopf lag bei CHF 2'100.00 im Jahr 2008. Wenn Sie nun unsere Ausgaben pro Kopf anschauen, sehen Sie, dass die Rechnung bei 100% einfach nicht aufgeht.



Zu den Investitionen von CHF 1'700'000.00 kann ich sagen, dass wir eine Selbstfinanzierung von CHF 1'900'000.00 zur Verfügung stellen können, gerechnet mit einem Steuerfuss von 116%. Wir haben damit CHF 250'000.00 Überschuss, das ist ein Steuerprozent und somit fast nichts. Bei einer Budgetgrösse von CHF 60'000'000.00, konsolidiert sogar CHF 70'000'000.00, ist das extrem wenig Geld für unsere Gemeinde. Wenn Sie einer Steuerfusserhöhung nicht zustimmen, wird sich diese Zahl verschlechtern, und der Finanzierungsüberschuss wird zu einer Schuldzunahme werden. Die Nettoschuld wurde bereits angesprochen, sie betrug im Jahr 2012 rund CHF 2'800'000.00. Dies ist nicht hoch, aber sie muss doch finanziert werden.

Gemeinde Wohlen	
Investitionen ohne Spezialfinanzierungen Seite 48, Detail Seite 102 - 105	
50 Sachanlagen	1'066'500
52 Immaterielle Anlagen	150'000
56 Eigene Investitionsbeiträge	518'000
Nettoinvestitionsvolumen	1'734'500
Selbstfinanzierung	1'985'100
voraussichtlicher Finanzierungsüberschuss	250'600
➤ Fremdkapital aktuell 31,5 Mio. ➤ Nettoschuld Ende 2012 rund CHF 2,8 Mio. ➤ Finanzierungsfehlbetrag Vorjahresbudget 3 Mio.	

Ich möchte die verschiedenen Varianten aufzeigen, die es gibt, damit das ganze Budget funktioniert. Die SVP beantragt ein Senkung auf 100%. Dies würde zu einer linearen Zunahme der Schulden führen. Wir haben dies im Finanzplan bereits aufgezeigt. Dann haben wir die Variante mit dem Steuerfuss von 113% und ohne Abfallbewirtschaftung. Auch diese Variante führt zu einer Zunahme der Schulden. Hier sind die neuen Schulgebäude noch nicht in der Rechnung enthalten. Die Variante 113% und ab 2015 115% ohne Abfallbewirtschaftung ist die Variante, welche wir heute hätten, wenn Sie unserem Vorschlag vor einem Jahr zugestimmt hätten. Auch bei dieser Variante haben wir noch eine leichte Zunahme der Schulden. Was wir Ihnen im Finanzplan aufgezeigt haben, ist die Variante 113% und ab 2015 116% inklusive Abfallbewirtschaftung, mit dieser Variante könnte die Verschuldung gestoppt werden.



Was bedeuten 3% Steuererhöhung? Für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 40'000.00, erhöht sich die Steuerrechnung um CHF 26.10. Für Einzelpersonen ist der Betrag etwas höher. Für die höchsten Einkommen

beträgt der Betrag CHF 300.00. Die meisten Steuerpflichtigen in Wohlen haben ein steuerbares Einkommen zwischen CHF 50'000.00 und CHF 70'000.00.

steuerbares Einkommen		40'000		50'000		60'000	
Anzahl Steuerpflichtige	2011	951		1'118		921	
Tarif		A	B	A	B	A	B
Steuertarif 2009	100%	Fr. 1'795.00	Fr. 870.00	Fr. 2'647.00	Fr. 1'410.00	Fr. 3'552.00	Fr. 2'070.00
Mehrbelastung in Fr.		53.85	26.10	79.41	42.30	106.56	62.10

steuerbares Einkommen		70'000		80'000		90'000	
Anzahl Steuerpflichtige	2011	640		529		371	
Tarif		A	B	A	B	A	B
Steuertarif 2009	100%	Fr. 4'492.00	Fr. 2'790.00	Fr. 5'467.00	Fr. 3'590.00	Fr. 6'442.00	Fr. 4'420.00
Mehrbelastung in Fr.		134.76	83.70	164.01	107.70	193.26	132.60

steuerbares Einkommen		100'000		120'000		150'000	
Anzahl Steuerpflichtige	2011	277		162		58	
Tarif		A	B	A	B	A	B
Steuertarif 2009	100%	Fr. 7'414.00	Fr. 5'295.00	Fr. 9'467.00	Fr. 7'105.00	Fr. 12'542.00	Fr. 9'960.00
Mehrbelastung in Fr.		222.42	158.85	284.01	213.15	376.26	298.80

Ich hoffe, dass ich Ihnen unsere Problematik aufzeigen konnte. Ich präsentiere Ihnen das Budget zum letzten Mal und kann Ihnen versichern, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem die Rechnung nicht mehr aufgeht. Die Parteien die das Gefühl haben, wir könnten mehr investieren oder leisten und müssten dafür weniger bezahlen, müssen sich den Realitäten stellen. Wenn wir Leistungen abbauen müssen, werden wir an Attraktivität verlieren, die Parteien welche die Steuern senken wollen, sollten sich ernsthaft fragen, ob dies das Ziel unserer Gemeinde sein kann.

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Budgets 2014 und die Erhöhung des Steuerfusses auf 116%.

Brunner Edwin, SVP: Wir stellen den Antrag, dass das vorliegende Budget 2014 zurückzuweisen ist. Begründung: Seit Jahren hat die Gemeinde Wohlen ein Ausgabenproblem. Die Ausgaben werden den Einnahmen nicht angepasst. Der Gemeinderat hat es verpasst, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb der Steuerfuss plötzlich um 3% angehoben werden soll. Es wird jedem Einwohner Wohlens klar sein, dass es sich hierbei um eine Strafsteuer handelt und zwar deshalb, weil das Volk bei der Grüngutentsorgung die Initiative ergriffen und dem Gemeinderat und Einwohnerrat gezeigt hat, dass es dies nicht mit sich machen lässt. Uns ist das Budget 2014 ungenügend in den Sparanstrengungen. Zudem stossen wir uns daran, dass die bereits sehr guten Löhne in der Gemeindeverwaltung, auf Kosten der Bevölkerung weiterhin ins fast Unermessliche angehoben werden sollen. Das Budget hat Einsparmöglichkeiten in der Höhe von CHF 1'500'000.00 bis CHF 2'000'000.00. Wir wollen dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, diese Einsparungen vorzunehmen und ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

Spörri Marlis, Präsidentin: Die SVP stellt einen Rückweisungsantrag. Wir behandeln diesen gemäss § 27 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates sofort. Der Gemeinderat hat das Wort.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Sie können das Budget zurückweisen, nur nützt das niemandem etwas. Edwin Brunner spricht von einer plötzlichen Steuerfusserhöhung, aber dies ist nicht korrekt, da ich das Thema oft angesprochen und die Problematik aufgezeigt habe. Wenn man die Zahlen genau studiert hat, auch den immer noch gültigen Finanzplan, kommt man zu einem anderen Schluss als die SVP, und daher bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Wille Franz, CVP: Wir werden den Rückweisungsantrag ablehnen. Das Budget liegt vor und man kann darüber diskutieren, eventuell Änderungen vornehmen und demokratisch darüber abstimmen. Der Rückweisungsantrag ist eine blosser Zeitverzögerung.

Wüthrich Beat, Grüne: Wir lehnen den Rückweisungsantrag auch ab, weil er nichts bringt. Eine Rückweisung mit einem blossen Sparziel, zeigt dem Gemeinderat nicht auf, wo er diese Einsparungen vornehmen soll. Es ist unsere Aufgabe als Volksvertreter, dem Gemeinderat klare Aufträge zu geben, wo er sparen soll. Dies können wir nur, wenn wir über das Budget diskutieren.

Geissmann Thomas, FDP: Wir schliessen uns der Meinung der Vorredner an.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Rückweisung des Budgets 2014

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Fraktionsmeinungen

Stirnemann Alex, SP: Wir haben uns entschlossen, dem Budget und der Steuerfusserhöhung auf 116% zuzustimmen. Wir legen den Fokus darauf, dass wir eine Gemeinde haben möchten, die für alle Einwohner funktioniert und auch für die Gemeindeangestellten ein attraktiver Arbeitsplatz ist. Um zukunftsorientierte Anliegen in die Realität umsetzen zu können, braucht es eine Gemeinde, die ausreichende Steuereinnahmen hat. Der Steuersatz von 113% führt dazu, dass die Gemeinde sich nicht weiterentwickeln kann. Die geforderten 3% belasten den Steuerzahler nicht sehr stark, können der Gemeinde Wohlen aber helfen, sich aus der angespannten finanziellen Lage zu befreien. Die Aussage, dass man den Steuerzahler bestrafen wolle, ist falsch. Die Absicht dieser Erhöhung ist, der Gemeinde zu helfen, handlungsfähig zu bleiben. Die Gemeindeangestellten sollen mit einer Lohnerhöhung von 1.5% ihre Anerkennung erhalten, der Kanton hat die Löhne auch angehoben.

Diejenigen Personen die behaupten, die leeren Kassen könnten mit einem tiefen Steuerfuss und den Erträgen von ein paar wenigen Grossverdienern gefüllt werden, sollten diese Tiefsteuertaktik seriös durchrechnen und dabei die eigene Steuererklärung ausser Acht lassen.

Sax Simon, GLP/EVP: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets 2014 und der Finanzkommission für den Bericht und Antrag. Vor einem Jahr haben wir den Rückweisungsantrag der Finanzkommission nicht unterstützt, da der Gemeinderat die geforderten Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation, in Aussicht gestellt hatte. Dabei ging es um die Vorlage zur Parkplatzbewirtschaftung und um die Vorlage zur kostendeckenden Abfallbewirtschaftung. Leider hat die kostendeckende Abfallbewirtschaftung in der Volksabstimmung keine Mehrheit gefunden. Dieser fehlende Ertrag ist der erste Grund, der für eine Erhöhung des Steuerfusses spricht. Der zweite Grund ist die nach wie vor ungenügende Selbstfinanzierung. Wenn man in der budgetierten Erfolgsrechnung die neuen Abschreibungen und die Aufwertungsreserven weglässt, erhält man eine Selbstfinanzierung von etwa CHF 1'200'000.00. Diese Rechnung wurde bereits mit dem Steuerfuss von 116% gemacht, ohne die Steuerfusserhöhung erhalten wir eine Selbstfinanzierung von weniger als CHF 400'000.00. Beide Beträge decken die geplanten Investitionen nicht ab. Wir haben wieder einen Finanzierungsfehlbetrag. Es ist zu berücksichtigen, dass

in dieser Rechnung umfangreiche Investitionen, wie beispielsweise mehr Schulraum, gar nicht enthalten sind. Wir wiederholen hier unser Ziel einer Selbstfinanzierung von CHF 5'000'000.00. Unser Ziel, und auch das Ziel des Gemeinderates einer Selbstfinanzierung von CHF 3'000'000.00, wurden klar verfehlt.

In den letzten Jahren haben wir auf Kredit gelebt. Was spricht gegen eine Steuererhöhung? Wir und auch die Finanzkommission haben festgestellt, dass bei den Ausgaben keine grösseren Einsparungen möglich sind. Wir haben ein Einnahmenproblem. Es bleiben somit nur noch wahltaktische Gründe für eine Ablehnung der Erhöhung. Wir haben uns dafür entschieden, ehrliche Politik zu betreiben, wir sind für die Steuerfusserhöhung und werden dem Budget zustimmen.

Wüthrich Beat, Grüne: Wir befürworten das Budget und die Erhöhung des Steuerfusses. Wir finden es wenig hilfreich davon auszugehen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung bei der Erstellung des Budgets unsorgfältig oder sogar fahrlässig vorgegangen seien und man es deshalb ablehnen müsse. Wir sind der Meinung, dass das Budget sorgfältig und realistisch erstellt wurde. Natürlich kann man in Detailfragen anderer Ansicht sein, und auf diese Punkte werden wir in der Detailberatung auch eingehen. Wir bedauern den ungenügenden Ertrag und die immer weiter steigenden Ausgaben. Das liegt zum einen an der Bevölkerungsstruktur und zum anderen an der Sparpolitik des Kantons, der Aufgaben und Ausgaben einfach in die Gemeinden verschiebt. Unter diesen, auf Kantonsebene falschen Steuergeschenken, leidet jetzt auch unsere Gemeindekasse. Wer bezahlt schon gerne Steuern? Ich tue es, denn für meine Steuern erhalte ich auch einen angemessenen Gegenwert. Der Gegenwert ist eine funktionierende Gemeinde mit guten Schulen, einer gut ausgebauten Infrastruktur und einer effizienten Verwaltung. Für Sicherheit und Sauberkeit und noch viel mehr, für all das was im Budget steht, wird gesorgt, und dazu gehören auch ein wenig Kultur, Kunst und Sport. Der Kulturpreis, der gestern verliehen wurde, ist ein gutes Beispiel dafür, wie Kultur einen wichtigen Beitrag zum Standortmarketing leisten kann. Die Erstellung des Budgets ist jedes Mal eine grosse Aufgabe und gerade dieses Mal mit der Umstellung auf HMR2 war sie speziell anspruchsvoll, deshalb möchten wir auch der Verwaltung unseren Dank aussprechen.

Wille Franz, CVP: Die Umstellung auf HRM2 hat viel Arbeit und Einsatz vom Gemeinderat, der Finanzkommission und der Verwaltung gefordert, dafür danken wir. Beim Budget 2014 stellen sich drei Hauptfragen. Die erste Frage lautet, wie beeinflusst das HRM2 Rechnungsmodell das Budget. Die meisten von uns sind Laien in Finanzfragen und das, plus die Umstellung, macht einige Budgetpunkte schwer verständlich. Wir wissen, dass es sich um eine einmalige Umstellung handelt, aber sie erschwert den Überblick und die Vergleichbarkeit, nicht zuletzt deshalb, weil die überarbeiteten Budgetzahlen von 2013 fehlen und einige Konten anders zugeordnet wurden. Offensichtlich sind in der Erfolgsrechnung (Seite 4) Aufwand und Ertrag erheblich angestiegen. Es ist uns bewusst, dass dies nicht alles echte Zunahmen in Form von Ausgaben sind, aber uns ist nicht bekannt, wie viel davon echte Kostenzunahmen sind und wie viel dem neuen Rechnungsmodell zuzuschreiben ist. Die mangelnde Transparenz kann momentan niemand aus der Welt schaffen. Klar ist aber, dass die neuen Bewertungsgrundsätze und das Abschreibungsmodell zu höheren Abschreibungen führen. Wenn man diese nun den Aufwertungsreserven gegenüberstellt, handelt es sich nicht um einen Trick, sondern es ist absolut richtig und legal.

Die zweite Frage lautet, ob der Steuerfuss auf 116% erhöht werden soll. Der Antrag des Gemeinderates ist, wenn man die Zahlen betrachtet, aus seiner Sicht verständlich. Ich werfe dem Gemeinderat nicht vor, dass er auf die verlorene Abstimmung zur Abfallbewirtschaftung überreagiert hat, aber auch mit der Erhöhung des Steuerfusses bleibt die Abfallbewirtschaftung, nach dem Modell Wohlen, ungesetzlich.

Unsere Fraktion ist gegen die Erhöhung des Steuerfusses. Der Grund dafür ist, dass im Budget 2014 keine grossen Investitionen geplant sind. Wir sind gegen Mehrbelastungen, die keinen Mehrwert bringen, deshalb lehnen wir die Erhöhung ab. Es gibt noch einen weiteren Grund dafür, dass wir momentan auf die Erhöhung verzichten möchten. Wir haben jetzt das erste Budget nach HRM2 vorliegen, und die genauen Auswirkungen können erst dann beurteilt werden, wenn die ersten Erfahrungen damit gemacht sein werden. Dann nämlich, wenn mit der Rechnung 2013 die Vermögenslage klarer wird und das Budget 2015 mit dem Budget 2014 verglichen werden kann. Aus diesen Gründen beantragt die CVP Fraktion, den Steuerfuss von 113% beizubehalten.

Frage drei lautet: Können wir uns die geplanten grossen Investitionen leisten? Wir wissen alle, dass grosse Investitionen vor uns liegen, und die meisten Projekte sind bei der Mehrheit der Parteien auch auf Zustimmung gestossen. Aber im aktuellen Budget sind diese Projekte nicht enthalten. Wir haben zwar ein schlechtes Jahresresultat, aber eine relativ gute Vermögenslage. Die Verschuldung pro Einwohner ist recht gut. Nach der Aufwertung der Vermögenswerte erlaubt die Finanzlage auch eine weitere massvolle Verschuldung für notwendige grosse Investitionsprojekte in der nächsten Legislatur. Die CVP möchte das tun, was für Wohlen in den nächsten Jahren notwendig sein wird und auch bereits in Planung ist. Wir wollen Schulraum schaffen, die Badi sanieren und die Kunsteisbahn mit Partnern erstellen, das Isler-Areal überbauen und die Bedürfnisse der Gemeinde abdecken, zum Beispiel mit dem Polizeistandort und der Bibliothek. Wir wollen den Bahnhof neu gestalten und die Zentralstrasse aufwerten. Die genannten Investitionsprojekte werten Wohlen auf und sind Standortförderung, sie sind eine Investition in die Zukunft, die Ertrag bringen soll. Wer ernten will, muss säen. Die CVP will Wohlen vorwärts bringen, wir wollen investieren und nicht resignieren. Die geplanten Investitionen werden die nächsten Jahresrechnungen belasten. Aber wenn der Steuerzahler den Mehrwert erkennen kann, wie zum Beispiel bei der Schaffung von Schulraum, dann ist die CVP, bei Vorliegen der Sachvorlage, bereit, über die Erhöhung des Steuerfusses zu beraten und zu beschliessen. Eine vorausschauende Personalpolitik beinhaltet auch die Pflege der Besoldungen, dieses Modell verlangt nach regelmässigen, kleinen Besoldungsanpassungen. Die CVP ist mehrheitlich der Meinung, dass, unter einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, eine Erhöhung der Besoldungen um 1% angemessen ist, und wir stellen diesen Antrag. Zu den Einzelheiten des Budgets können wir später in den Detailberatungen Stellung nehmen.

Der SVP danken wir dafür, dass sie uns ihre Sparvorschläge letzte Woche zugestellt hat. Die vorgeschlagenen Einsparungen von CHF 784'000.00 enthalten auch Vorschläge, über die hier schon einige Male abgestimmt wurde. Die Einsparvorschläge verbessern die Finanzlage nicht genug, um den Steuerfuss auf 109% senken zu können. Ich finde es auch eigenartig, dass man zwar über Sparvorschläge diskutiert, doch diejenigen, die sie vorgeschlagen haben, gleichzeitig bereits beschlossen haben, dass sie das Budget als Ganzes ablehnen werden.

Wir erwarten, dass der Gemeinderat und die Verwaltung im nächsten Jahr die bewilligten Budgetbeträge mit aller Sorgfalt verwenden, auch mit Rücksicht auf das neue Modell, und die Entwicklung fortlaufend analysieren. Ein Beispiel: Sollte im Jahr 2014 beschlossen werden, dass ein neues Bezirksschulhaus gebaut wird, dann müsste auf die heute beantragten Kredite für eine Renovation in der Halde verzichtet werden. Ich bitte Sie, dem Budget 2014 zuzustimmen.

Brunner Edwin, SVP: Die Meinung der SVP dürfte bekannt sein. Wir können dem Budget nicht zustimmen. Mit unseren Vorschlägen können CHF 750'000.00 eingespart werden. Nach einer weiteren Prüfung des Budgets, können wir das Einsparpotential sogar auf CHF 1'500'000.00 Millionen erhöhen.

Leider wurde unserem Rückweisungsantrag nicht stattgegeben. Der Gemeinderat hat offensichtlich eine grosse Lobby im Einwohnerrat. Seit Jahren spricht der Einwohnerrat vom Sparen, doch er gibt immer weiter Geld aus, wie schon in den Vorjahren. Der Einwohnerrat bewilligt immer noch Gelder für unnötige Stellen in der Verwaltung oder Prestigeobjekte. Dieses Vorgehen wird die SVP nicht unterstützen. Ich frage mich, wo der Sparwille des Gemeinderates bleibt, wenn er uns Lohnerhöhungen von 1,5% und Stellenpensenerhöhungen beantragt, wenn er doch genau weiss, dass die Gemeindefinanzen schon lange ein Sanierungsfall sind.

Der Finanzminister hat in seinem aufschlussreichen und guten Vortrag nur so mit Zahlen und Vergleichen um sich geworfen. Es ist ein eindrücklicher Beweis dafür, dass der Gemeinderat mit aller Kraft versucht, von den wirklichen Problemen abzulenken. Das Problem liege auf der Einkommensseite, wurde uns gesagt. Die SVP ist da ganz anderer Meinung. Es ist hier anzufügen, dass Mehreinnahmen generiert werden könnten, wenn der Gemeinderat seine Aufgaben gewissenhaft angehen würde. Etwas zu unternehmen ist mit Arbeit verbunden, höhere Steuern zu verlangen ist viel einfacher. Das Problem liegt auf der Ausgabenseite, viele Positionen des Budgets 2014 sind unnötig oder übertrieben. Die SVP stört es, dass die Lohnerhöhungen für die Gemeindeangestellten durch den Steuerzahler bezahlt werden sollen. Wir sind bereit, über den Vorschlag der CVP zu diskutieren. Die beantragte Lohnerhöhung von 1,5% verursacht Mehrkosten von CHF 145'000.00. Die SVP stellt den Antrag, dass keine Lohnerhöhungen gewährt werden.

Die geplante Steuerfusserhöhung ist ungerecht, dem Steuerzahler gegenüber. Es ist kein Grossprojekt enthalten in diesem Budget und trotzdem soll der Steuerfuss angehoben werden. Die Finanzkommission hat klar erkannt und bewiesen, dass diese Steuerfusserhöhung unnötig ist. Unsere Vorfahren haben schon unter ihren Steuervögten gelitten, wir leiden auch unter einem bereits hohen Steuerfuss und nun will uns unser Steuervogt eine neue Strafsteuer auferlegen. Bei der Vorlage betreffend Grüngutgebühr wurde bereits angedroht, dass bei einer Ablehnung der Steuerfuss angehoben wird und damit ist es eine Strafsteuer. Es stellt sich die Frage, ob künftig jedes Mal, wenn der Gemeinderat eine Abstimmung verliert, eine Strafsteuer erhoben wird. Dieses Vorgehen muss gestoppt werden. Als Beweis zitiere ich Ihnen gerne den gemeinderätlichen Brief vom 30. September 2008 an den Einwohnerrat von Wohlen:

"Die Einführung der Grüngut und Grundgebühr war mit einer Steuerfussenkung von mindestens 3% verknüpft. Das neue Parkplatzbewirtschaftungskonzept hätte zu einer weiteren Steuerfussenkung von 1% geführt".

In der letzten Einwohnerratssitzung haben wir dem neuen Parkierungskonzept zugestimmt. Wir fragen uns, wo die versprochene Steuersenkung von 1% bleibt und ob man solchen Versprechen überhaupt noch Glauben schenken kann. Im Finanzplan wurde die Aussage gemacht, dass der Steuerfuss mittelfristig auf das Kantonsmittel gesenkt werden soll. Wir entfernen uns leider immer weiter von diesem Ziel. Die SVP kann diese Vorgehensweise nicht unterstützen und lehnt deshalb das vorliegende Budget ab.

Geissmann Thomas, FDP: Das vorliegende Budget legt schonungslos offen, dass selbst mit der beantragten Steuerfusserhöhung die Gemeinderechnung ohne den ausserordentlichen Ertrag, tiefrot abschliesst.

Ich fasse die Vorschläge unserer beiden grossen Parteien zusammen. Die CVP will am bestehenden Steuerfuss festhalten, dadurch vergrössert sich das Defizit um rund CHF 750'000.00 auf CHF 2'300'000.00. Grosse Sparvorschläge, ausser der kleineren Lohnerhöhung für das Gemeindepersonal, sind keine zu erwarten. Zumindest in der Vergangenheit hat die Partei keinen übertriebenen Sparwillen an den Tag gelegt. Sobald es darum ging, der Gemeinde mehr Aufgaben aufzubürden, hat die CVP immer Hand dazu geboten.

Noch extremer ist das Vorgehen der SVP. Der Steuerfuss soll auf 109% gesenkt werden. Dadurch vergrössert sich das Defizit um rund CHF 1'700'000.00 auf fast CHF 3'200'000.00. Immerhin werden Sparvorschläge im Umfang von CHF 1'000'000.00 oder sogar CHF 1'500'000.00 gemacht. Selbst ohne Schulverwaltung und Internetanschluss an den Schulen und ohne Verkehrsplanung, dies sind einzelne Massnahmen, welche uns von der SVP vorgeschlagen werden, selbst ohne diese Kosten, würde das Defizit aber noch weit über CHF 2'000'000.00 betragen.

Die Vorschläge dieser beiden grossen Parteien kann ich eigentlich nur mit dem Adjektiv "unverantwortlich" belegen. Weil unsere Finanzen so immer mehr aus dem Lot geraten ist, dieses Verhalten dem Bürger gegenüber unverantwortlich. Die unbequeme Wahrheit, dass Wohlen ein strukturelles Defizit hat, wird gezielt ausgeblendet. Es ist deshalb strukturell, weil sich die Ausgaben nicht wegzaubern lassen und die Chance, dass in den nächsten Jahren einige Einkommensmillionäre in unsere Gemeinde ziehen werden doch eher klein ist. Verantwortung tragen heisst auch, unbequeme Entscheidungen zu treffen und sie auch zu verteidigen. Unsere Fraktion weiss, dass jede Steuererhöhung unpopulär ist. Wer sich mit unseren Gemeindefinanzen auseinandersetzt, kommt aber unweigerlich zur Erkenntnis, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Ein unausgeglichenes Budget bedeutet, das Problem auf kommende Generationen zu verschieben, und das ist nach Meinung unserer Partei unverantwortlich.

Einzelvoten

Keller Anna, Grüne: Ich bin sicher keine Lobbyistin und finde es unanständig von der SVP, so genannt zu werden. Als freie Schweizerin erlaube ich mir selbst zu denken und meine Meinung und diejenige der Grünen zu vertreten. Wir sind in einem freien Land. Wenn ich zur gleichen Meinung komme wie der Gemeinderat, ist das genauso in Ordnung, wie wenn die SVP eine andere Meinung vertritt.

Lütolf Harry, CVP: Ich möchte sicherstellen, dass die SVP aufwacht. Wer nämlich 109% verlangt, in der heutigen finanziellen Lage Wohlens, der muss am Träumen sein. Eine abenteuerliche Zahl, man könnte auch gleich 100% verlangen. Im Parlament geht es darum, Mehrheiten zu finden, und es bringt nichts, mit wehenden Fahnen unterzugehen. Ich bitte die SVP, uns mit dem Antrag auf 113% zu unterstützen. Es könnte durchaus sein, dass die Mehrheit sich für 116% entscheiden wird, dann gäbe es eine Volksabstimmung und schlussendlich würden wir von vorne beginnen. Helfen Sie uns bitte, den Steuerfuss von 113% zu behalten.

Tanner Peter, SVP: Wir wollten das Budget ablehnen, weil es keine Sparvorschläge enthält. Dies wäre ja eigentlich die Aufgabe des Gemeinderates, aber wir haben den Eindruck, dass der Gemeinderat nicht sparen möchte. Die SVP präsentiert seit Jahren bei jedem Budget Sparanstrengungen. Sie können mir nichtweismachen, dass nicht ein einziger dieser etwa dreihundert Anträge sinnvoll war. Ich mag mich aber nicht an einen einzigen Vorschlag erinnern, der von der Mehrheit abgesegnet wurde. Uns kann man den Sparwillen nicht absprechen. Wären unsere Vorschläge, die wir über die Jahre gemacht haben, umgesetzt worden, wären wir heute in einer ganz anderen Situation.

Wir haben auch heute wieder einen gespaltenen Einwohnerrat und wir gehen zu wenig aufeinander zu. Wir haben eingesehen, dass wir ein Problem haben, aber es scheint so, dass dieses Problem von etwa fünfundzwanzig Einwohnerräten nicht ernst genommen wird. Wir sind nie dabei gewesen, als immer neue Leistungen gesprochen wurden. Uns verschweigt man auch, dass wir Jahr für Jahr, immer mehr Steuereinnahmen haben. Wir haben auch immer höhere Ausgaben, aber sie sind nicht unantastbar und müssen nicht

immer akzeptiert werden. Wenn wir wirklich schlechte Wirtschaftsjahre gehabt hätten, könnte man unsere Lage noch verstehen. Doch in den letzten elf Jahren gab es ein einziges Jahr mit weniger Steuereinnahmen als im Vorjahr. Das wären eigentlich gute Vorgaben gewesen, um vorwärts zu kommen. Es wurde nur ungenügend genutzt.

An der letzten Sitzung ging es zum Beispiel um die jährliche statt zweijährliche Durchführung der Jugendsession. Trotz Mehrkosten wurde das bewilligt. Wir fragen uns, ob das wirklich nötig war. Dies soll die Symptomatik aufzeigen, dass immer wieder Neues bewilligt wird. Damit sollten wir aufhören, so geht es nicht mehr weiter. Wir sind dafür, den Steuerfuss auf 109% zu senken, damit endlich sparsamer mit dem Geld umgegangen wird.

Stäger Urs, SVP: Es wurde schon einmal ein Budget zurückgewiesen und der Gemeinderat war danach in der Lage innert zwei Wochen ein um CHF 1'050'000.00 gekürztes Budget zu präsentieren. Mich stört es nicht, dass ich eventuell CHF 300.00 mehr Steuern bezahlen muss nächstes Jahr. Hingegen stört es mich, dass ich mit Wohnsitz in Wettingen CHF 2'000.00 weniger bezahlen müsste. Wenn jemand einen Umzug plant und in Erwägung zieht nach Wohlen zu ziehen, wird er sich mit Bestimmtheit an unserem Steuerfuss stören. Das ist vielleicht ein Grund, weshalb niemand an den Rebberg ziehen möchte. Je höher der Steuerfuss ist, desto weniger Gutverdienende werden nach Wohlen ziehen.

Sax Simon, GLP: Es ist nicht korrekt, dass kein Antrag der SVP angenommen wurde. In der letztjährigen Budgetsitzung wurden beispielsweise drei Anträge angenommen.

Lampenersatz und –umbau und Erneuerung Fussgängerstreifen

Brunner, Edwin, SVP: Lampen können eigentlich gar nicht umgebaut werden. Das Gehäuse ist die Leuchte. Die SVP hätte gerne einen schriftlichen Bericht mit Detailinformationen, wie weit der Umbau auf LED fortgeschritten ist. Wann können wir diesen Bericht erwarten? Es freut uns, dass erkannt wurde, dass einige Fussgängerstreifen absolut ungenügend beleuchtet sind. Dies bedeutet eine erhöhte Unfallgefahr. Welche Fussgängerstreifen werden mit einer Beleuchtung versehen? Wir möchten hierzu auch einen schriftlichen Bericht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir müssen den neuesten Stand bei der IB Wohlen AG erfragen. Diese Angaben sind von der IB Wohlen AG zur Verfügung gestellt worden. Wir werden uns erkundigen, und Ihnen die Informationen zukommen lassen.

Allgemeine Verwaltung

Thiébaud Alain, GLP: Ich habe eine Frage betreffend der APK-Ausfinanzierung. Hier heisst es, dass Ausfinanzierung, basierend auf dem BVG-Deckungsgrad 31. Dezember 2007, erfolgt ist. Das bedeutet, dass das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde der Aargauer Gemeinden abgewiesen hat. Ich möchte nun wissen, wie es aus sieht mit dem Deckungsgrad der Profond-Vorsorgeeinrichtungen und ob aufgrund des aktuellen Deckungsgrads, in den nächsten Jahren, weitere Ausfinanzierungszahlungen zu erwarten sind.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Es sind neue Verhandlungen angesetzt worden. Es wird am 29. Oktober 2013 eine Gerichtsverhandlung am Obergericht des Kantons Aargau geben. An dieser wird ein Musterprozess angestrebt. Angeklagt wird die Gemeinde Rudolfstetten-Friedlisberg, welche ebenfalls ausgetreten ist. Wir werden sehen, wie sich das Gericht verhalten wird. Man muss den Ausgang dieser Verhandlung abwarten. Ich gehe aber auch davon aus, dass wir auch im nächsten Budget noch nicht genau wissen werden, was mit der Ausfinanzierung gemacht werden wird. Den aktuellen Stand kann ich derzeit nicht beantworten.

Lampenersatz und -umbau und Erneuerung Fussgängerstreifen

Stäger Urs, SVP: Es gibt bereits LED Modelle, welche sehr gut funktionieren und ohne grossen Aufwand zu verursachen, die alten Lampen ersetzen können.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich kann garantieren, dass die IB Wohlen AG mit modernen Leuchtmitteln arbeitet.

Detailberatung

Seite 97, Konto 3103 Fachliteratur, Zeitschriften

Degischer Oliver, SVP: Information ist wichtig und Fachliteratur ist notwendig, doch CHF 79'600.00 ist ein stolzer Betrag dafür. Bei zehn Abteilungen macht das knapp CHF 8'000.00 pro Abteilung und Jahr. Die Zahl wird noch eindrücklicher, wenn man die Zeitschriften pro Kopf im Gemeindehaus berechnet. Sie beträgt CHF 757.00 pro Mitarbeiter und Jahr oder CHF 63.00 monatlich ohne Lehrlinge (bzw. CHF 697.00 wenn man die Lehrlinge dazu nimmt). Das ist sehr viel Literatur. Wir fragen uns, ob jeder Mitarbeiter nach seinem eigenen Geschmack seine eigene Lektüre erhält und ob es nicht möglich ist, sich pro Abteilung auf einige Fachbücher und Zeitschriften zu einigen und diese mittels Laufzettel zirkulieren zu lassen. Fachbücher könnten auch kostengünstig von Bibliotheken ausgeliehen werden. Wir stellen daher folgenden Änderungsantrag: "Der Aufwand des Kontos 3103.00 sei zu halbieren."

Jauslin Matthias, Vizeammann: Es ist zu beachten, dass in diesem Konto auch die gesamte Fachliteratur der Bibliothek enthalten ist. Ich bitte den Finanzverwalter Gregor Kaufmann, genauer aufzuzeigen, welche Aufwände in diesem Konto enthalten sind.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Im alten Rechnungsmodell wurde die Fachliteratur unter Büromaterial Drucksachen geführt. Neu ist dieses Konto auf verschiedene Konten aufgeteilt worden. Dies führt dazu, dass die entsprechenden Kosten neu separat ausgewiesen werden. Zu beachten ist, dass die erwähnten CHF 79'000.00 der Aufwand für die ganze Verwaltung inkl. Schule und Bibliothek ist. Es ist nicht so, dass dieser Aufwand nur die Gemeindeverwaltung betrifft. Wenn wir diese Kosten detailliert anschauen, ist beispielsweise im Konto 3103 unter anderem ein Aufwand von CHF 50'000.00 für Fachbücher und Literatur der Bibliothek enthalten. Auch für den Bildungsbereich gibt es höhere Kosten, die Kosten teilen sich in der Erfolgsrechnung auf die Bereiche 0 bis 9 auf.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wenn Sie dieses Konto wie beantragt halbieren, hat dies die Streichung sämtlicher Neuanschaffungen für die Bibliothek Wohlen zur Folge.

Wille Franz, CVP: Die Feuerwehr hat für Zeitschriften einen Betrag von CHF 5'300.00. Wenn dieser Betrag halbiert wird, wird nur noch jeder zweite Offizier dieses Heft erhalten.

Degischer Oliver, SVP: Ich werde den Antrag abändern auf CHF 50'000.00, das deckt die Ausgaben der Bibliothek.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wenn nachher ein Antrag gestellt wird, soll dieser Antrag beim entsprechenden Konto gestellt werden.

Brunner Edwin, SVP: Wieso können wir nicht die Gesamtposition behandeln? Nachher werde ich einen Antrag für das Konto 3102 stellen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Es spricht nichts dagegen, dies so zu behandeln, ich möchte Sie einfach bitten, die beiden Anträge abzulehnen. Die Fachzeitschriften enthalten wichtige Informationen, auf die wir angewiesen sind.

Burkhard Thomas, Grüne: Auch die Schule ist massiv von diesem Antrag betroffen, da sind unter dem Konto Nr. 3103 CHF 6'000.00 für die Fachliteratur Zeitschriften der Oberstufe budgetiert. Ich bin der Meinung, dass wir diesen Posten nicht streichen dürfen.

Degischer Oliver, SVP: Man kann den Schulen diese Zeitschriften sehr wohl wegnehmen, die Schüler können in die Bibliothek gehen, ich habe dies während meiner ganzen Studienzzeit getan.

Thièbaud Alain, GLP: Ich bin gegen die Streichung, eine Gemeindeverwaltung braucht Fachliteratur um effizient arbeiten zu können. Ich empfehle sämtliche Anträge abzuweisen.

Tanner Peter, SVP: Mit einer Annahme des Antrages verbleiben noch CHF 50'000.00 für Fachliteratur und Zeitschriften. Der Betrag wird nicht komplett gestrichen.

Burkhard Thomas, Grüne: Solange wir in den einzelnen Schulzentren Bibliotheken haben, ist es sinnvoll, dass dort auch Zeitschriften vorhanden sind. Die Schüler benutzen selbstverständlich die Schul- und nicht die Gemeindebibliothek.

Spörri Marlis, SVP: Ich würde vorschlagen, dass zwei Anträge gestellt werden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es geht nicht um zwei Anträge, es geht um zehn oder zwanzig Anträge, aber es ist immer wieder derselbe. Es geht immer um das Konto 3103.00, wir können uns jetzt entscheiden, ob wir eine Abstimmung oder viele durchführen wollen. Streichen auf Null, mit Ausnahme der CHF 50'000.00 für die Bibliothek. Ich schlage vor, dass wir jetzt abstimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir möchten gerne vorwärts kommen, bitte denken Sie aber auch an den Inhalt der Abstimmung. Wir bitten Sie den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 3103 Fachliteratur, Zeitschriften ist zu streichen, mit Ausnahme des Postens der Bibliothek.

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung abgelehnt.

Vogt Roland, SVP: Wieso wird so viel Geld benötigt? Jahr für Jahr wird mehr Geld für externe Berater und Gutachter ausgegeben, gesamthaft werden für 2014 im Konto 3132.00 CHF 647'500.00 budgetiert. In der Rechnung 2012 war dieser Betrag noch CHF 421'399.30, dies entspricht einer Zunahme von rund 35%. Wir können hier keinen Sparwillen erkennen. Wir möchten vom Gemeinderat wissen, was er mit dem Konzept Verwaltungsreform gemeint hat, und wir stellen den Änderungsantrag, dass das Konto 0120.3132.00 um CHF 30'000.00 zu kürzen ist.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Man muss darauf achten, dass man die einzelnen Konten betrachtet. Gutachten, Beratung und Gerichtskosten sind teilweise unvermeidbar. Der Gemeinderat hat das Konzept Verwaltungsreform aufgenommen. Die OBT hat eine Analyse erstellt und der Verwaltung insgesamt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Diesen Betrag haben wir nun budgetiert, aber es ist noch nicht gesagt, dass dieses Geld ausgegeben werden wird. Es wird darauf ankommen, was der Gemeinderat in der neuen Zusammensetzung für Veränderungen vornehmen wird. Bei den anderen Kosten, die zum Beispiel bei einem Gerichtsfall anfallen, müssen Sie handeln, Sie können versuchen die Kosten zu reduzieren, aber dies ist nicht immer möglich. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es geht gar nicht um Gerichtskosten, sondern um das Konzept Verwaltungsreform, welches mit CHF 40'000.00 budgetiert ist. Dieser Betrag ist im Antrag enthalten. Roland Vogt hat gefragt, was mit dem Konzept Verwaltungsreform gemacht werden soll, was die Idee dahinter ist. Geht es darum, Stellen ab- oder auszubauen? Sollen Abteilungen effizienter organisiert werden? Wenn wir nicht wissen, wofür die CHF 40'000.00 gedacht sind, können wir nicht zustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich verstehe die Nachfrage. Es geht darum, dass wir bei Optimierungen der Verwaltung einen externen Beistand hinzuziehen können. Es wurde aber noch nicht darüber diskutiert, was genau passieren oder gemacht werden soll. Der Gemeinderat hat diese Angelegenheit noch nicht ausdiskutiert.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wir stehen am Anfang einer neuen Legislatur und wir werden nächstes Jahr eine neue Zusammensetzung des Gemeinderats haben. Wir werden die Ressorts neu verteilen und wir haben Geschäfte, die in den nächsten vier Jahren aufgegleist werden müssen. Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie den Betrag im Budget. Es braucht diesen Betrag für die Organisation des Gemeinderats und Optimierungen im übergeordneten Bereich der Verwaltung.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 0120.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 30'000.00 zu kürzen
wird mit 13 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung abgelehnt.

Brunner Edwin, SVP: Ich stelle nun bereits zum vierten Mal denselben Antrag. Ich kann nicht verstehen, weshalb das Dorf Wohlen dem Städteverband CHF 8'700.00 überweist. Der durchschnittliche Steuerertrag pro Einwohner beträgt in Wohlen rund CHF 2'060.00. Mehr als vier Einwohner sollen ihre gesamten Steuern dafür aufwenden, dass der Gemeinderat sich dieses Prestige Geschenk machen kann. Ich möchte den Gemeinderat bitten, uns vier plausible und stichhaltige Vorteile dieser Mitgliedschaft aufzuzeigen. Ich beantrage, dass die Mitgliedschaft auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen und der Einwohnerrat zu informieren ist.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Der Zweck des Gemeindeverbands ist, die gemeinsamen Interessen von Gemeinden mit städtischem Charakter zu wahren und den Mitgliedern Dienstleistungen zu erbringen. Der Städteverband vertritt sachbezogene Interessen der Mitglieder gegenüber den Bundesbehörden, der Öffentlichkeit, sowie nationalen und internationalen Organisationen. Das kann Wohlen alleine nicht tun. Er fördert auch den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern und organisiert Tagungen, Schulungen und Ausstellungen. Er erarbeitet und publiziert regelmässig Grundlagenmaterial. Zudem fördert der Verband Studien über Stadtprobleme. Aus dem Kanton Aargau sind die Gemeinden/Städte Aarau, Baden, Lenzburg, Rheinfelden, Wettingen, Wohlen und Zofingen dabei. Wohlen ist die viertgrösste Gemeinde des Kantons Aargau und es geht letztlich auch um eine Solidarität mit den anderen grösseren Gemeinden. Sie haben das Recht, diesen Antrag zu stellen, aber mit dieser Position werden wir die Finanzen der Gemeinde Wohlen nicht signifikant verändern. Wenn wir gute Ideen übernehmen können, bringt uns das weiter. Wir bitten Sie darum den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 0111.3130.02 Mitglieder-, Verbandsbeiträge sei um CHF 8'700.00 zu kürzen

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung abgelehnt.

Brunner, Edwin, SVP: Wir wollen diese Position um CHF 33'000.00 kürzen. Dieses Konto zeigt eine Steigerung von 12%, dies erscheint uns zu hoch. Werden bei Drucksachen Vergleichsofferten eingeholt? Wenn es dem Einwohnerrat heute ernst damit ist zu sparen, dann kann er dies hier tun. Die Verwaltung muss angewiesen werden, mit sämtlichen Ausgaben im Bereich Drucksachen und Publikationen sparsam umzugehen. Wir sind überzeugt davon, dass das ausgewiesene Ziel von 2012, ohne Qualitätseinbussen, wieder erreicht werden kann. Wir bitten Sie unserem Antrag zu folgen und das Budget mit rund CHF 33'000.00 zu entlasten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: In der Verwaltung wird nichts eingekauft was nicht benötigt wird. Es ist nicht entscheidend was budgetiert, sondern was ausgegeben wird. Ich bitte Sie auf diese Kürzung zu verzichten, es handelt sich hier um einen Posten der den Verwaltungsangestellten das Werkzeug in die Hand gibt, um zu arbeiten. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Brunner, Edwin, SVP: Bei allem Verständnis, ich begreife das ja und wir wollen die Zahl von 2012 stehen lassen. Es wird doch immer stärker mit der EDV gearbeitet und es wird nicht mehr alles in Papierform abgelegt. Bei den Drucksachen kann man Einsparungen vornehmen.

Suter Stephan, SP: Es ist sicher Potential vorhanden um Einsparungen vorzunehmen. Es ist aber nicht einfach und man kann nicht nur das Billigste nehmen. Wenn wir schauen, wie viel Papier wir hier im Einwohnerrat verbrauchen, dann ist das eine sehr grosse Menge. Der Einwohnerrat könnte mit gutem Beispiel vorangehen und nicht mehr alles in Papierform verwenden.

Lütolf Harry, CVP: Ist es denkbar, dass hier auch ein HRM2-Effekt stattgefunden hat?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte den Finanzverwalter, dazu Stellung zu nehmen.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: In dieser Position sind die ganzen Kopierkosten enthalten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Bei den Kopierkosten wird es interessant. Vor vier Jahren wollten wir, dass die Kopiergeräte öffentlich ausgeschrieben werden. Anfang nächsten Jahres wird das umgesetzt werden. Der Gemeinderat wird die gesamten 20 bis 30 Kopiergeräte der Gemeinde und Schulen für einen Vertrag ausschreiben. Das hat ein Einsparpotential im sechsstelligen Bereich. Wenn es nur CHF 70'000.00 sein sollten, die wir einsparen können, wäre das immer noch viel. Es geht hier um eine Ausgabensteigerung von 12% und nicht um einen Sparantrag. Wir wollen Mehrausgaben verhindern. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen sollten, fehlt Ihnen jeglicher Sparwillen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Zum Thema Fotokopiergeräte kann ich Ihnen mitteilen, dass sämtliche Verträge gekündigt wurden und eine Ausschreibung vorbereitet ist. Auf den 1. Januar 2014 soll die Entscheidung getroffen werden. Ich habe den Eindruck, dass man kein Vertrauen in den Gemeinderat hat. Haben Sie wirklich das Gefühl, dass unsere Verwaltung und der Gemeinderat Steuergelder verschwenden wollen? Glauben Sie wirklich, wir hätten keine Sparanstrengungen unternommen? Denken Sie, wir würden mit Freude Steuern zahlen? Dann irren Sie sich. Unsere Verwaltung geht sehr sparsam mit dem Büromaterial um.

Tanner Peter, SVP: Wir sind hier, um nicht zuzulassen, dass der Steuerfuss um 3% angehoben wird. Wenn wir die Rechnung nicht kontrollieren sollen, dann verstehe ich nicht, weshalb wir heute hier sind.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 3102.00 Drucksachen, Publikationen sei um CHF 33'000.00 zu kürzen

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 6 Enthaltung abgelehnt.

Seite 59, 0120.3000.01 Sitzungs- und Taggelder

Brunner Edwin, SVP: Werden die Sitzungen um 100% teurer?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte den Finanzverwalter um Stellungnahme.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Es geht hier um die gemeinderätlichen Kommissionen und hier fallen die Sitzungskosten anhand der Anzahl Sitzungen und Teilnehmer an. Der eingesetzte Betrag ist eine Schätzung. Ob man den Betrag benötigt oder nicht, kann ich nicht beurteilen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Die Problematik ist, dass uns die Kolonne Budget 2013 durch die Umstellung fehlt.

Seite 60, Konto 0220.3099.00 Übriger Personalaufwand

Vogt Roland, SVP: Für die Allgemeinen Dienste wird ein massiv höherer Betrag eingesetzt, praktisch eine Verdoppelung zu 2012. Wir möchten den Aufwand um CHF 14'000.00 kürzen und stellen deshalb einen Änderungsantrag.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Diese Position betrifft das gesamte Gemeindepersonal, in etwa 130 Stellen. Davon sind einige Stellen unterteilt in Teilzeitpensen. Die Gemeinde Wohlen beabsichtigt mit diesem Betrag einen Gemeindeausflug zu organisieren. Dies wurde übrigens schon länger nicht mehr durchgeführt. Weiter gebe ich zu bedenken, dass es auch im Jahr 2013 eine Nullrunde bei den Löhnen gegeben hat. Dem Personal muss man auch mal was bieten können. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 0220.3099.00 Übriger Personalaufwand sei um CHF 14'000.00 zu kürzen

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltung abgelehnt.

Seite 61, Konto 0223 Informatik

Stäger Urs, SVP: Vor zwei oder drei Jahren wurde die Informatik erneuert. Man hat uns damals versprochen, dass die Informatikkosten künftig sinken würden. Doch jetzt sind die Zahlen über ein Drittel höher. Das darf nicht sein. Die Gemeindeverwaltung hat meines Wissens etwa 120 Computer und einige Server zu betreuen. Ich betreue gesamtschweizerisch 800 Computer ganz alleine.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die EDV ist das Herz der Verwaltung, ohne EDV kann sie nicht funktionieren. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Unser Bereichsleiter EDV muss ein komplexes und vernetztes System betreuen. Das ist nicht vergleichbar mit der Arbeit von Urs Stäger.

Bossert René, Bereichsleiter EDV: Diese Kosten sind fast alle gebunden und nicht beeinflussbar. Das Obergericht des Kantons Aargau hat beschlossen, kantonale eine einheitliche Lösung einzusetzen, diese kostet uns CHF 85'000.00 und ist nicht verhandelbar. Wir haben

Kosten durch Anbieter die sagen, sie würden die Software nur noch ein oder zwei Jahre warten. Kostenpunkt dieser Position ist CHF 42'000.00. Weiter müssen wir eine 15-jährige Telefonanlage ersetzen, Kostenpunkt etwa CHF 100'000.00. Wenn wir die Gesamterhöhung des Budgets 2013 um CHF 150'000.00 anschauen und dies in Bezug zu diesen drei Positionen setzen, sind wir schon weiter über diesem Betrag, wir haben bereits Einsparungen vorgenommen. Ich möchte Sie bitten, hier keine Kürzungen vorzunehmen.

Stäger Urs, SVP: Ich betreue durchaus Netzwerke. Man kann sehr wohl viel Geld sparen in der Informatik. Wenn ich die Weiterbildungskosten Personal von CHF 21'000.00 anschau, die jedes Jahr anfallen, dann ist das viel Geld. CHF 100'000.00 einzusparen ist nicht schwierig.

Lütolf Harry, CVP: Die Erklärung des Mehraufwands findet man auf Seite 15. Es ist ein stolzer Betrag von CHF 55'000.00 für die Beschaffung der kantonalen Lösung für das Betreibungsamt enthalten. Das lässt sich nicht ändern, aber ich verlange vom Gemeinderat, dass er beim Kanton interveniert. Das geht meiner Meinung nach nicht, dass der Kanton den Gemeinden eine solche Beschaffung aufzwingt. Ich bitte auch die Grossräte um ihre Unterstützung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Betreibungsbeamter Werner Lüpold Stellung zu nehmen und aufzuzeigen, wie weit unsere Handlungsfreiheit geht.

Lüpold Werner, Betreibungsbeamter: Am 6. Dezember 2011 hat der Grossrat den Budgetantrag von der Schuldbetreibungs- und Konkurskommission bewilligt und am 14. Mai 2012 wurde der Beschluss gefasst, eine kantonale Software einzuführen. Im Februar 2012 startet das Projekt mit der neuen Software für Betreibungsämter. Am 21. Dezember 2012 erfolgte die Ausschreibung und im Mai 2013 erfolgte der Zuschlag an die BK Solution AG.

Wir haben hier somit keinen Handlungsspielraum und sind gezwungen, die neue Software einzuführen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 0223 Informatik sei um CHF 100'000.00 zu reduzieren

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 6 Enthaltung abgelehnt (2 Mitglieder befinden sich nicht im Saal)

Seite 61, Konto 0290.3144.11 Unterhalt Hochbauten, ausserordentlich

Vogt Roland, SVP: Wir haben kein Geld für den Aushängeschränk und beantragen deshalb die Streichung des Betrages von CHF 15'000.00.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Der Gemeinderat arbeitet gewissenhaft und macht seine Arbeit. Wir haben ein Portfolio von über CHF 220 Millionen zu verwalten, da hat es kleinere und grössere Positionen darunter. Die angesprochene Position ist sehr klein. Der Gemeinderat arbeitet an einem guten Erscheinungsbild der Gemeinde. Dies ist wichtig für das Standortmarketing. Der alte Schränk ist einfach nicht mehr in Ordnung. Seit Jahren schieben wir die Neuanschaffung hinaus. Es benötigt wirklich einen neuen Schränk.

Brunner Edwin, SVP: Wahrscheinlich muss man etwas unternehmen aber CHF 15'000.00 für einen Schrank sind viel zu viel. Sie können diesen Betrag halbieren und trotzdem eine gute Lösung finden.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Dieser Schrank ist 41-jährig und deshalb sanierungs- oder ersatzbedürftig. Gerne möchte ich dem Projektleiter Hochbau, Carmine Monteleone, das Wort geben. Er hat bei der Budgetierung umfangreiche Abklärungen getroffen und verschiedenen Möglichkeiten analysiert.

Monteleone Carmine, Projektleiter Hochbau: Wir haben Offerten von vier verschiedenen Anbietern eingeholt. Der benötigte Schrank ist zweiseitig, das macht ihn teurer. Wir benötigen vom Platz her wieder dieselbe Schrankgrösse. Der Betrag von CHF 15'000.00 ermöglicht es uns, einen qualitativ guten Schrank einzubauen. Es wurden verschiedene Kriterien festgelegt anhand des Bedürfnisses der Gemeinde. Wichtige Punkte waren u.a. die Beleuchtung, die Nutzung und die Reinigungseinfachheit.

Manimanakis Corinne, SP: Es freut mich, dass erkannt wurde, dass es einen neuen Schrank braucht. Man sollte ihn dann so positionieren, dass man die hintere Seite auch anschauen kann. Ich möchte noch anmerken, dass auch der Briefkasten schwer sichtbar ist, vielleicht könnte man diesen auch noch besser zur Geltung bringen.

Vogt Roland, SVP: Wir bleiben bei unserem Antrag, den Betrag um die Hälfte zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 0290.3144.11 Unterhalt Hochbauten, ausserordentlich, sei um CHF 15'000.00 für den Aushängeschrank zu reduzieren.

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt (2 Mitglieder befinden sich nicht im Saal)

Seite 62, Konto 0291.3144 Unterhalt Hochbau, ausserordentlich

Brunner Edwin, SVP: Ich komme auf die Bleichi zu sprechen. Wie lange werden wir diese noch haben? Wie steht es um das Fischer-Areal, gibt es dazu Ideen? Müssen wir für die Bleichi noch einmal Geld ausgegeben? Es geht um den Posten 0291.3144.11, welcher für das Ersetzen der Leuchte und Diverses vorgesehen ist. Auch wenn es sich nur um CHF 8'000.00 handelt. Meiner Meinung nach, ist die Bleichi in einem desolaten Zustand, welcher eher eine Schliessung statt eine Sanierung nötig macht. Die Gemeinde könnte so das Geld sparen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist jetzt ein Beispiel von Sparsamkeit. Man muss wissen, dass der Werkhof bei uns sehr gut positioniert ist. Es gab auch schon einmal eine Führung mit Leuten von anderen Werkhöfen, und wenn man mal Gelegenheit hatte, in die verschiedenen Räume zu schauen, dann erkennt man, dass der Kauf des gesamten Areals ein sehr guter Kauf war. Diese Position betrifft den gesamten Werkhof und beinhaltet alles, was zwingend gemacht werden muss. Was den Mehrzweckraum der Bleichi für Kerzenziehen und andere Festivitäten betrifft, haben unsere Vorgänger einmal eine Occasionsküche einbauen lassen. Das ist eigentlich ein Raum, der für sehr viele Zwecke genutzt wird. Für das Fischer-Areal haben wir einmal eine Schätzung eingeholt und wissen, dass es frei ist.

Wenn dafür zu einem späteren Zeitpunkt ein Antrag des Gemeinderats kommen sollte, wäre es schön, wenn die SVP dafür stimmen würde.

Brunner Edwin, SVP: Ich möchte den Gemeinderat bitten darüber nachzudenken, ob wir die Bleichi wirklich benötigen. Aber ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 64, Konto 1402.3010 Löhne

Degischer Oliver, SVP: Der Stellenausbau Betreibungsamt mit Bericht und Antrag 12118 wurde vor allem wegen der Begründung „mehr Stellen führen zu Mehreinnahmen“ am 28. Februar 2013 bewilligt. Leider ist keine Erhöhung der Einnahmen erfolgt, nur die höheren Kosten gibt es. Es bleibt ein Erfolg von CHF 101'100.00 statt CHF 295'813.00. Was im Aufwand zudem überhaupt nicht berücksichtigt wird, sind die Portokosten, die bei einem Betreibungsamt beträchtlich sind. Bei einem kleineren Betreibungsamt würden die Portokosten ca. CHF 98'600.00 betragen, gerechnet auf der Anzahl Zahlungsbefehle. Wenn man diesen klar zu teilbaren Aufwand vom Ertrag abzieht, bleibt ein Erfolg von CHF 2'400.00, bei einem Umsatz von CHF 1'000'000.00. Wir stellen daher folgenden Änderungsantrag: "Die bewilligte Stelle im Betreibungsamt ist ersatzlos zu streichen."

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist eine Fehlüberlegung. Diese Stelle wurde per 1. Juni 2013 bewilligt, beschlossen am 25. Mai 2013 mit 34 Ja- zu 2 Nein-Stimmen. Damals hat auch die SVP weitgehend zugestimmt. Man muss sich bewusst sein, dass die Stelle geschaffen wurde, weil das Betreibungsamt mehr Arbeit, mehr Aufgaben und mehr Betreibungen zu erledigen hat und dies für Wohlen, Niederwil und Hägglingen. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 1402.3010 Löhne sei um die bewilligte Stelle zu streichen

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung abgelehnt.

Seite 72, Konto 2190.3010.01 Löhne Schulverwaltung

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir beantragen die Streichung der Löhne für die Schulverwaltung. Wir brauchen keine Schulverwaltung, wir haben in allen Schulen Schulleiter und Sekretariate, dies macht die Schulverwaltung überflüssig, und sie bringt der Gemeinde keinen Mehrwert.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich habe in Wettingen, Aarau und in Baden angerufen, um einen Vergleich ziehen zu können. Diese drei Gemeinden oder Städte haben, wie wir auch, eine übergeordnete Institution, die für die Schule zuständig ist. Alle haben eine grosse Schule mit mehreren Schulzentren, und deshalb braucht es zur Koordination des Schulbetriebs eine übergeordnete Instanz. Es würde mich aber freuen, wenn Jean-Pierre Gallati einen Vorstoss in Aarau machen könnte mit der Anfrage, die Schulverwaltung, wie bereits die Schulleiter, durch den Kanton zu bezahlen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Leider kann ich diesen Wunsch nicht erfüllen, aber Paul Huwiler kann ja mit der CVP einen Vorstoss machen. Natürlich wird er kein Gehör finden in Aarau. Ich habe heute auch nach Wettingen, Aarau und Baden telefoniert und gefragt wie hoch

der Steuerfuss ist. Er ist in diesen Gemeinden 20 bis 30% tiefer als bei uns, da sie eine andere Bevölkerungsstruktur haben als wir. Vielleicht haben sie auch weniger Betreuungsfälle. Wir vergleichen uns immer wieder mit Gemeinden, die finanziell gut dastehen und das ist falsch. Wir sind ein Sanierungsfall.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wohlen ist natürlich kein Sanierungsfall aber es ist tatsächlich so, dass wir die gleiche Situation und Ausgangslage wie diese Gemeinden haben, in Bezug auf die Schule. Wenn diese Gemeinden eine Schulverwaltung brauchen, tun wir dies auch.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 2190.3010.01 Löhne Schulverwaltung sei zu streichen.

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung abgelehnt.

Seite 73, Konto 2191.3130.02 Nutzung Glasfasernetz, externer Support

Brunner Edwin, SVP: Wir beantragen die Streichung dieser Kosten vollumfänglich, das sind etwa CHF 110'000.00.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wenn wir diese Position streichen, steht die EDV still. Die ganze Kommunikation der Schulleiter läuft über dieses Glasfasernetz. Über dieses Netz sind sie an den Server der Gemeinde Wohlen angeschlossen. Streicht man diese Glasfaserleitungen, haben die Schulleiter keinen Zugang mehr zu den Servern und zum Internet, welches auch über das Gemeindefnetz läuft. Es gibt zwei Netze, einerseits das Schul- und andererseits das Gemeindefnetz. Die Schulleiter nutzen beide Netzwerke, bei einer Streichung der Nutzung des Glasfasernetzes können sie nicht mehr operativ tätig sein. In dieser Position ist auch ein Projekt für den Ersatz der Schul informatik enthalten. 2008 haben wir in der Schule eine neue EDV installiert, diese wird noch maximal zwei bis drei Jahre laufen, dann ist der Lebenszyklus dieser Anlage am Ende angelangt. Es ist wichtig, dass wir uns bereits jetzt mit der Ersatzbeschaffung dieser Anlage beschäftigen. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Stäger Urs, SVP: Es gibt in der EDV immer eine Luxuslösung und der Gemeinderat hat diese Lösung gewählt, nämlich Citrix. Das ist die Lösung, die Grossfirmen wie UBS, CS oder ABB haben. Die Schule ist höchstens eine mittelgrosse Firma und man hätte eine andere Lösung wählen können. Der Sparwille ist einfach nicht da, man kauft immer das Teuerste.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es gibt spezielle Konditionen für Gemeinden und Schulen, die sind wesentlich günstiger als Urs Stäger denkt.

Stäger Urs, SVP: Ab nächstem Jahr wird das nicht mehr der Fall sein.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 2191.3130.02 Nutzung Glasfasernetz, externer Support sei zu streichen

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 6 Enthaltung abgelehnt.

Seite 77, Konto 3211.3010.00 Löhne

Tanner Peter, SVP: Wir möchten die Löhne auf dem Vorjahresniveau belassen und beantragen deshalb eine Reduktion um CHF 23'000.00.

Es wäre natürlich auch für alle Anwesenden angenehm, wenn sie mehr Lohn erhalten würden. Es ist aber nicht so, dass alle Anwesenden mehr Lohn erhalten werden. In der Verwaltung wird Mehrarbeit immer noch entschädigt, im Gegensatz zur freien Wirtschaft. Zudem ist der Arbeitsplatz in der Verwaltung sicher. Mich erstaunt die Höhe des Betrages. Bei einer geplanten Lohnerhöhung von 1.5% würde er auf die Gesamtlohnsumme nur etwa CHF 2'500.00 betragen. Wieso ist der budgetierte Betrag viel höher? Wir möchten keine Kürzung vornehmen, sondern einfach die Löhne nicht erhöhen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: In der Bibliothek sind die meisten Angestellten im Stundenlohn angestellt. Dieser Stundenlohn beträgt CHF 23.85. Der Stundenlohn in der Entsorgungsstelle des Werkhofes beträgt beispielsweise CHF 25.65. Das war der Grund dafür, dass die Leitung der Bibliothek beantragt hat, den Stundenlohn massvoll anzupassen. Es ist, gemäss Reglement, die Pflicht des Gemeinderates, solche Anpassung gelegentlich vorzunehmen. In diesem Fall wurde dies schon länger nicht mehr getan. Beim Personal der Bibliothek haben wir dies nun getan und den Stundenlohn für Angestellte ohne SAB-Ausbildung auf CHF 26.25 und für Angestellte mit SAB-Ausbildung auf CHF 30.25 erhöht. Das hat der Gemeinderat so beschlossen und das ist nun entsprechend im Budget ersichtlich. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Sax Simon, GLP: Wenn der Einwohnerrat über Lohnsummenerweiterungen befindet, dann bin ich der Meinung, dass auch Stundenlöhne dazugehören. Wenn ich höre, dass diese Löhne lange nicht mehr angepasst wurden, finde ich dies nicht gut und schlage vor, die Anpassungen nicht nur für Monatslöhne, sondern auch für Stundenlöhne zu machen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 3211.3010.00 Löhne sei um CHF 23'000.00 zu reduzieren

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung abgelehnt.

Büchi Roland, SVP: Wir beantragen die Kosten von CHF 7'000.00 für den Neujahrsapéro zu streichen. Diese Kosten sollten wieder von den Parteien übernommen werden, so wie es ursprünglich auch gedacht war.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Letztes Jahr wurde ein Antrag gestellt, diesen Betrag um CHF 2'000.00 zu kürzen. Im Jahr 2008 wurde der Apéro gestrichen, daraufhin haben die Parteien erklärt, sie würden ihn selbst organisieren. Dies war dann auch während ein oder zwei Jahren so. Dann wurde ein Antrag an den Gemeinderat gestellt, für die Übernahme des Drucks und Versandes der Einladung. Vor zwei Jahren wurde dann der Antrag gestellt, die Gemeinde solle die Organisation des Neujahrsapéro wieder komplett übernehmen. So hat der Gemeinderat diesen dann komplett organisiert. Der budgetierte Betrag ist für die Organisation des nächsten Neujahrsapéros gedacht. Es ist wünschenswert, dass in dieser Angelegenheit eine klare Linie eingehalten wird. Wenn die Parteien den Apéro wieder selbst organisieren möchten, ist das in Ordnung. Ich bitte nur darum, dass die Parteien in zwei Jahren nicht wieder mit dem Anliegen an uns herantreten, wir sollten den Neujahrsapéro wieder organisieren.

Lütolf Harry, CVP: Von mir aus können wir diesen Betrag streichen. Ich stimme diesem Antrag zu. Wahrscheinlich stört es niemanden, wenn der Apéro am 1. Januar 2014 nicht stattfindet. Dann kann die SVP-Fraktion nicht sagen, ihren Anträgen sei nie zugestimmt worden.

Tanner Peter, SVP: Gegen unseren ausdrücklichen Wunsch wurde von den Parteien beschlossen, dass man den Neujahrsapéro entweder nicht mehr durchführen oder ihn der Gemeinde zur Organisation geben solle. Eigentlich wurde der Apéro durch uns Parteien ins Leben gerufen. Es ist kein Ruhmeszeichen für die Parteien, wenn man die Organisation wieder abgibt. Ich begreife, dass die kleineren Parteien Personalsorgen haben und die Aufgabe gerne abgeben möchten. Doch wir grösseren Parteien könnten ihn auch gemeinsam organisieren. Das würde die Gemeinde entlasten.

Wille Franz, CVP: Ich muss lachen, weil ich mich frage, ob dieser Betrag die Debatte wert ist. Wir sind in Wohlen stolz darauf, dass wir keine Parteienfinanzierung haben. Dass wir Parteien aber nun die Gemeinde bei einer ihrer Aufgaben unterstützen, die für alle Stimmberechtigten ist, finde ich nicht richtig. In Villmergen wird dieser Anlass seit 1991 durch die Gemeinde organisiert und es ist einer der besten Anlässe in Villmergen. Allerdings besuchen auch etwa dreimal so viele Leute wie in Wohlen den Anlass in Villmergen. Für das Ansehen der Gemeinde Wohlen wäre es schlecht, wenn man sagen müsste, dass Wohlen den Neujahrsapéro nicht selbst bezahlt, sondern zwei Parteien bezahlen lässt.

Tanner Peter, SVP: Das kann man so sehen, aber den Neujahrsapéro würde es ohne uns Parteien gar nicht geben. Man hat uns die Organisation nicht weggenommen, wir haben darauf verzichtet. Ich finde dies bis heute nicht in Ordnung.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 3290.3170.03 Neujahrsapéro sei um CHF 7'000.00 zu reduzieren

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltung abgelehnt.

Brunner Edwin, SVP: Wir beantragen die Reduktion dieses Betrages auf CHF 10'000.00 und schaffen somit Einsparungen von CHF 80'000.00. Braucht das Casino einen neuen Fassadenanstrich? Und würden nach einem Anstrich keine weiteren Investitionen mehr getätigt werden? Die Antwort ist Nein. Ein Anstrich muss alle zwei bis drei Jahre wieder erneuert werden. Wir sind der Meinung, dass über dieses Problem gut nachgedacht werden muss. Die Fassade müsste eigentlich mit einer Wärmeisolation versehen werden, was wiederum Heizkosten sparen würde. Wenn man vier Jahre warten würde, hätte man nachher Geld, um eine gute Investition zu tätigen. Wir schlagen deshalb die Streichung von CHF 80'000.00 vor, CHF 10'000.00 lassen wir im Budget stehen, um dringende Arbeiten wie Fassadenrisse ausführen zu lassen. Wir fordern den Gemeinderat auf, zu dieser Angelegenheit einen Bericht und Antrag vorzubereiten und ihn dem Einwohnerrat vorzulegen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Es geht nicht darum, dass das Casino nur schön aussehen soll. Es geht darum, dass die Fassade viele Risse aufweist und wir dadurch auch Folgeschäden befürchten müssen. Man könnte einfach nur die Risse flicken, aber es ist zu beachten, dass die Gerüststellung einen nicht unerheblichen Teil der Kosten ausmacht. Wenn wir das Gerüst stellen, sollten wir alle Arbeiten ausführen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es nützt nichts, wenn man den Betrag reduziert, man muss komplett sanieren oder es sein lassen.

Brunner Edwin, SVP: Ich kann mich diesen Ausführungen nur anschliessen. Aber ich bin der Meinung, dass wir bei einer Investition in dieser Grössenordnung, ein Gutachten erstellen lassen sollten, um die richtige Lösung zu wählen. Ich bin dafür, dass die CHF 80'000.00 gestrichen werden und ein Bericht und Antrag mit einer wohlüberlegten Lösung, die dann zehn Jahre hält, vorbereitet wird. Wir müssen etwas unternehmen, das steht ausser Frage.

Lanz Christian, SVP: Wenn wir etwas machen, dann machen wir es richtig. Es ist noch nicht erwähnt worden, was der Grund für die Fassadenverschmutzung ist. Ich habe mich erkundigt, und es handelt sich um die Mauerspinnne. Im Jahr 2006 hat man diese bereits entfernt und sie ist nun wieder da. Bei einem neuen Anstrich wird sie auch wiederkommen. Es braucht eine überlegte Lösung und somit einen Bericht und Antrag.

Wille Franz, CVP: Falls das Projekt Aufwertung Zentralstrasse durchgeführt wird, führt dies zu Schmutz. Das wird auch den Vorplatz des Casinos in Mitleidenschaft ziehen. Wäre es nicht besser, man würde mit einem neuen Anstrich für das Casino noch warten, bis die Bauarbeiten in der Zentralstrasse abgeschlossen sind?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Das ist eine nachvollziehbare Überlegung. Meines Wissens ist es aber so, dass ausser dem Vorplatz des Casinos, nicht viel verdreckt wird. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass die Fassade Schaden nehmen sollte.

Lütolf Harry, CVP: Ist das eine Fraktionsmeinung der SVP? Wenn ein Bericht und Antrag kommt, wird die Lösung vielleicht CHF 250'000.00 kosten, wird die SVP dieser dann zustimmen?

Stäger Urs, SVP: Wir sollten die Arbeiten am Casino zeitgleich ausführen lassen wie die Renovation und Neugestaltung der Zentralstrasse, dann passt das Casino auch zur Zentralstrasse.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben das Casino 1999 gekauft und zwischenzeitlich keine Renovation vorgenommen. Die Spinne ist tatsächlich das Problem. Aus diesem Grund wurde die Fassade gewaschen und nicht gemalt. Wir haben hier Fachpersonen, denen wir zutrauen können, dass sie uns einen guten Vorschlag unterbreiten werden. Darf ich einen dieser beiden Herren bitten, zu diesem Thema Auskunft zu geben.

Monteleone Carmine, Projektleiter Hochbau: Das Problem ist, dass das Casino diverse, unter anderem auch grosse, Fassadenrisse aufweist. Diese sollen mit diesem Betrag behoben werden. Die Unterschicht wird ebenfalls gemacht. Weiter werden die Fenster gestrichen und Sanierungsarbeiten an der Vor- und Rückseite des Hauses durchgeführt. Grundsätzlich würden wir auch gerne die Fassade isolieren. Mit den CHF 10'000.00 kann man nicht viel ausrichten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich weiss nicht, wie sich die SVP-Fraktion in der nächsten Legislatur zusammensetzen wird, ich hoffe, dass sie wachsen wird. Aber ich kann die Frage nicht beantworten, ob die zukünftige SVP-Fraktion dem Bericht und Antrag zustimmen wird. Ich wage aber die Prognose, dass die SVP dem Projekt zustimmen wird, wenn es ein vernünftiges Projekt sein wird, welches auch eine energetische Aufwertung des Gebäudes beinhaltet und man einen Nutzen darin sehen kann.

Geissmann Armin, FDP: Was würde denn die Isolation der Fassade kosten, ohne Gerüststellung?

Püntener Florian, Bereichsleiter Liegenschaften: Das müssen wir genau ausrechnen. Momentan sind uns die Quadratmeterzahlen nicht bekannt.

Tanner Peter, SVP: Wenn sich eine energetische Sanierung lohnt, dann sollte man zuwarten und in ein paar Jahren eine Komplettlösung machen.

Brunner Edi, SVP: Ich bin der Meinung, dass die Isolation gemacht werden sollte. Machen wir doch eine richtige Lösung in ein paar Jahren und heute nur die nötigen Arbeiten.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 3291.3144.11 Unterhalt Hochbauten, ausserordentlich sei auf CHF 10'000.00 zu reduzieren

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung angenommen.

Seite 79, Konto 3413.3120.00 Ver- und Entsorgung

Stäger Urs, SVP: Die GPK macht einmal jährlich einen Ausflug. Dieses Jahr waren wir Mini-golf spielen und anschliessend im Restaurant des Tennisclubs essen. Das Menü hat CHF 15.50 gekostet, was äusserst günstig ist. Ein Mitglied der GPK und ich sind dann irgendwann rausgegangen und haben vier Tennisspieler gesehen, doch es waren sämtliche Tennisplätze beleuchtet und nicht nur die benötigten. Wir haben die Lichter gelöscht um Energie zu sparen. Man sollte dem Fussballverein und dem Tennisclub die Energieversorgung streichen, damit sie lernen, sparsamer mit der Energie umzugehen. Die einzigen, die sich bemühen Energie zu sparen, sind die Nutzer des Leichtathletikstadions.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich bitte Sie diesen Antrag abzulehnen. Der Gemeinderat hat eine Bringschuld und der Einwohnerrat muss das Reglement überprüfen. Ich bin Präsident der Betriebskommission Niedermatten und nehme die Schuld auf mich, dass wir in dieser Angelegenheit noch nicht weiter sind. Wir müssen mit den Vereinen die Energiekosten aushandeln. Diesbezüglich haben bereits mehrere Sitzungen stattgefunden. Die Energiefrage ist komplex und es ist nicht einfach, eine gute Lösung zu finden. Wir werden dem Einwohnerrat ein Modell vorstellen, brauchen aber noch ein wenig Zeit. Ich wäre froh, wenn wir

jetzt nichts ändern würden, solange wir noch in Verhandlungen sind. Die beiden Vereine leisten im Unterhaltsbereich hervorragende Arbeit und deshalb streben wir auch eine faire Lösung an.

Stäger Urs, SVP: Das höre ich nun mindestens zum zweiten Mal. Seit mindestens sechs Jahren störe ich mich an den hohen Energiekosten dort. Es ist Zeit, etwas gegen die Verschwendung zu unternehmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich habe Verständnis dafür, dass sich die Verhandlungen verzögern, da man am Schluss eine einvernehmliche Lösung finden möchte. Wenn wir heute kürzen, dann kann es sein, dass die Kosten nächstes Jahr trotzdem wieder höher sind, weil es ja eine Vereinbarung ist. Man könnte sagen, es seien gebundene Kosten. Mit der Reduktion des Betrages würden wir die Verhandlungsposition von Urs Kuhn stärken, könnte er doch den Verhandlungspartnern sagen, dass der Einwohnerrat den Gemeinderat verpflichtet zu sparen. Das stärkt die Position des Gemeinderates.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Vereine haben eine Vereinbarung mit der Gemeinde. Es ist tatsächlich ein wichtiger Punkt, bei welchem eine baldige Lösung angestrebt werden sollte. Wenn wir wollen, dass die Vereine weiterbestehen und überleben können, dann muss eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Wir können den Vereinen dieses Anliegen vermitteln.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 3413.3120.00 Ver- und Entsorgung sei zu streichen.

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 6 Enthaltung abgelehnt.

Seite 80, Konto 3420.3636.01 Ludothek Wohlen

Brunner Edwin, SVP: Dieser Betrag ist zu hoch und muss um CHF 9'000.00 reduziert werden. Braucht es CHF 10'000.00, um eine neue Lokalität zu suchen? Ich suche Ihnen diese Lokalität für CHF 1'000.00.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es ist noch schlimmer, als Edwin Brunner denkt. Die Ludothek wird ihr Lokal verlassen und neue Räumlichkeiten beziehen müssen. Der Verein hat neue Räume gefunden und könnte auch einen Mietvertrag eingehen. Die Raumkosten steigen aber von CHF 16'000.00 auf CHF 26'000.00. Diese Mehrkosten kann der Verein, welcher einen Umsatz von rund CHF 40'000.00 jährlich macht, nicht selbst tragen. Wenn wir den Verein nicht jährlich mit CHF 10'000.00 unterstützen, kann er seinen Betrieb nicht mehr aufrechterhalten. Es wäre sehr schade, wenn die Ludothek schliessen müsste.

Brunner Edwin, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Büchi Roland, SVP: Dieser Posten muss um CHF 45'000.00 reduziert werden. Wir sind der Meinung, dass CHF 180'000.00 für den Verein Jugend und Freizeit vollkommen ausreichend sind. Der Verein behauptet zwar immer, politisch neutral zu sein, dies glauben wir jedoch nicht. Vor allem, wenn man sich die Internetseite des Vereins anschaut. Es wimmelt nur so von soziokulturellen Animatorinnen und Animatoren. Wir werden den Verdacht nicht los, dass der Verein den Jugendlichen linkes Gedankengut näherbringt und so Nachwuchs für die linken Parteien und Organisationen rekrutiert. Deshalb stimmen wir einer Erhöhung um CHF 45'000.00 nicht zu.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Die Berufsbezeichnung der Personen, die im Verein Jugend und Freizeit angestellt sind, lautet sozio-kultureller Animator. Früher hiess es Jugendarbeiter, aber diese Bezeichnung ist veraltet. Das hat mit Sozialist und Sozialismus nichts zu tun. Die Jugendarbeit wurde 1990 in Wohlen eingerichtet. Damals gab es einen Bericht und Antrag. Für die Errichtung der Jugendarbeit wurde ein Betrag von CHF 180'000.00 beantragt. Im Jahr 1990 hatten wir einen Konsumentenpreisindex von 121.6 Punkten. Umgerechnet auf heute bedeutet das einen Anstieg um 31.5% oder anders gesagt, wären diese CHF 180'000.00 heute CHF 236'694.00 wert. Darin liegt die Schwierigkeit, denn wenn wir die gleichen Leistungen haben möchten wie im Jahr 1990, dann kommen wir nicht mehr um eine Erhöhung herum. Deshalb bringen wir den Vorschlag, den Betrag um CHF 45'000.00 zu erhöhen. Man muss wissen, dass der neue Betrag eigentlich nur 64% des Vereinsbudgets ausmacht. Der Verein erhält auch Geld von den Kirchen und durch Mitgliederbeiträge. Weiter erwirtschaftet er auch Geld, beispielsweise mit Anlässen wie dem Kerzenziehen. Auch die anderen Gemeinden zahlen einen Beitrag. Es geht darum zu entscheiden, ob wir den Standard von Jugendarbeit, wie wir ihn 1990 beschlossen haben und ihn in all den Jahren auch aufrechterhalten konnten, weiterführen wollen. Oder ob der Einwohnerrat einen Leistungsabbau in Kauf nehmen will. Da der Gemeinderat keine Leistungen abbauen möchte, bitten wir Sie, den Antrag abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Erstens ist im Vertrag keine Teuerungsklausel enthalten. Es besteht auch keine Verpflichtung, die Entschädigungen anzupassen. Zweitens hat der Gemeinderat die Erhöhung bereits beschlossen, allerdings mit dem Vorbehalt, dass der Einwohnerrat zustimmt. Drittens müsste es hierfür einen Bericht und Antrag geben, da es eine jährlich wiederkehrende Ausgabe über viele Jahre ist. Viertens macht der Gemeinderat das sehr gerne, dass er keinen Verpflichtungskredit beantragt und die Finanzkommission kümmert sich auch nicht darum. Ausgabensteigerungen werden hier locker bewilligt und uns sagt man dann noch, es sei ein Schnäppchen. Haben wir die nötige Härte, um Ausgabesteigerungen zu verhindern?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es stimmt, wir machen hier keinen Teuerungsausgleich. Auch damals im Bericht und Antrag war keiner enthalten. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die gleichen Leistungen, wie im Jahr 1990, auch in Zukunft benötigen werden. Wenn wir die CHF 45'000.00 nicht bewilligen, hat das zur Folge, dass Leistungskürzungen in Kauf genommen werden müssen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 5440.3636.01 Verein Jugend und Freizeit Wohlen sei um CHF 45'000.00 zu reduzieren
wird mit 11 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 8 Enthaltung abgelehnt.

Seite 86, Konto 6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter

Brunner Edwin, SVP: Wie verhält es sich mit der Befolgung von Volksabstimmungen? Wird der Volkswille von unserem Gemeinderat beachtet? Sollte dies der Fall sein, dann würde eine Streichung von CHF 20'000.00 für die Planung der Tempo 30 Zonen kein Problem darstellen. Ich bitte den Gemeinderat, dies von sich aus zu tun und so den Volkswillen zu beachten. Bevor wir weiterhin Geld ausgeben, muss der Souverän noch einmal befragt werden, denn momentan ist die Ablehnung des Stimmvolkes immer noch gültig. Wir stellen aus diesem Grund den folgenden Antrag: „Das Konto 6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 20'000.00 zu reduzieren.“

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir respektieren den Willen des Volkes insofern, als dass wir unsere Arbeit fortsetzen bis Ende Jahr und nächstes Jahr wieder damit anfangen. Es wird immer die Ableitung zu dieser Abstimmung Tempo 30 an der Unteren Farnbühlstrasse gemacht, das war keine konkrete Sachfrage. Damals hat Peter Tanner gesagt, er würde billigere Lösungen vorschlagen. Das war im Jahr 2004 und wir warten immer noch darauf. Wir wollen solche Umsetzungen mit einfachen Mitteln machen. Den kommunalen Gesamtplan Verkehr kennen Sie, wir haben Begehungen gemacht, an denen Sie auch teilnehmen konnten. Wenn man diese Planungen umsetzen will, kann man den Betrag von CHF 20'000.00 nicht einfach streichen. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Stäger Urs, SVP: Klar ist, dass das Volk das nicht will und das muss zur Kenntnis genommen werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Alles muss publiziert werden. Wenn es Probleme gibt, dann muss man sich rechtlich damit auseinandersetzen. Es ist falsch von dieser Volksabstimmung die Ableitung zu machen. Es wird immer wieder einzeln aufgelegt und wir hatten schon verschiedene Verhandlungen, auch beim Haldequartier. Es gibt einen Rechtsweg. Den gilt es einzuhalten. Wir bitten Sie darum, uns die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 20'000.00 zu reduzieren

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung abgelehnt. (Ein Mitglied ist nicht im Saal)

Tanner Peter, SVP: Die vorhandenen Zahlen zum Verkehrsaufkommen stammen angeblich aus dem Jahr 2006. Diese Zahlen betreffen das Verkehrsaufkommen, das Verkehrsvolumen sowie die Provenienz dieses Verkehrs. Jetzt möchte man diese Zahlen neu erheben. Soviel ich weiss, liegen diese Zahlen auch beim Kanton vor. Wenn dies stimmt, verstehe ich nicht, wieso wir sie separat erheben müssen. Misstraut man dem Kanton oder welchen anderen Grund gibt es dafür?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Erhebungen von 2006 waren ziemlich umfangreich. Diese neuen Abklärungen sind wichtig, unter anderem auch für die Vertretung unserer Anliegen beim Kanton, zum Beispiel bei der Südumfahrung. Wenn Sie heute etwas erreichen wollen, dann müssen Sie mit Fakten argumentieren können. Wenn Sie dies nicht können, dann haben Sie keine guten Karten. Der Verkehr hat sich verändert seit 2006. Gerne bitte ich die Leiterin Abteilung Planung, Bau und Umwelt zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt: Es gibt Zahlen, die der Kanton erhebt. Diese betreffen die Kantonsstrassen. Die Zahlen zu den Gemeindestrassen müssen die Gemeinden erheben. Die Bünzstrasse beispielsweise ist eine Gemeindestrasse. Dazu möchte ich auch noch sagen, dass sich zwischen 2006 und 2013 viel verändert hat auf den Strassen. Die Eröffnung der A4 durch das Knonaueramt hat einen massiven Einfluss auf die Verkehrsströme mitten durch Wohlen, nebst dem hausgemachten Verkehr. Das sind Gründe dafür, weshalb wir neue Zahlen benötigen.

Tanner Peter, SVP: Wenn der Kanton keine Angaben über unsere Gemeindestrassen hat und diese Angaben von uns benötigt werden, dann ist es für mich erledigt.

Brunner Edwin, SVP: Wir beantragen, diesen Posten von CHF 13'000.00 ersatzlos zu streichen. Das Label Energiestadt verschlingt Tausende von Franken und bringt wirklich nichts. Es kostet den Steuerzahler nur Geld und es ist nun an der Zeit, damit aufzuhören. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, sparen wir nicht nur bei dieser Position Geld, sondern auch bei der nachfolgenden Position 3130.02. Die SVP vergleicht das Dorf Wohlen nicht gerne mit anderen Gemeinden, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass viele andere Gemeinden das Projekt einschlafen lassen. Warum ist das so? Die Antwort habe ich Ihnen bereits gegeben.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Ich habe heute einen monetären Grund, weshalb wir das Energielabel beibehalten müssen. Im Frühling waren drei Kredite abzulösen und dies brachte neue Verhandlungen mit sich. Die Postfinanz AG gibt Energiestädten bessere Zinsen. Auch die Gemeinde Wohlen hat einen um 0.02% tieferen Zins erhalten. Dies ergibt bei einem Kreditbetrag von CHF 8'000'000.00 eine Einsparung von CHF 16'000.00. Dieses Geld ist bereits überwiesen worden.

Brunner Edwin, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Degischer Oliver, SVP: Vor einem Jahr haben wir mit 19 zu 12 Stimmen beschlossen, das Konto 940.4226 Dividende IB Wohlen AG sei auf eine marktübliche Dividende von CHF 1'200'000.00 zu erhöhen. Am 7. Juni 2013 fand eine Generalversammlung statt. An dieser wird üblicherweise die Dividende festgelegt. Schlussfolgernd müsste diese zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich angepasst sein. Wieso ist das nicht geschehen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das sind ganz normale betriebswirtschaftliche Überlegungen. Die Dividende hängt vom Geschäftsergebnis ab. Wir haben eine Eigentümerstrategie, die der Verwaltungsrat der IB Wohlen AG und der Gemeinderat am 18. Februar 2013 zusammen ausgearbeitet haben. Sie wurde Ihnen allen zugestellt und wenn Sie die Zahlen von 2012 anschauen, sehen Sie einen Betrag von CHF 955'000.00. Im Voranschlag 2012 waren seinerzeit CHF 900'000.00 enthalten. Das zeigt, dass der Gemeinderat sehr wohl darauf schaut, wie der Geschäftsabschluss ist. Nach kaufmännischen Grundsätzen sollte man beim Budgetieren die Einnahmenseite eher zurückhaltend betrachten und nicht zu optimistisch sein. Für das Jahr 2013 hatten wir auch CHF 900'000.00 budgetiert, aber effektiv war die Dividende CHF 1'042'000.00. Es wäre verfehlt, wenn wir einfach höhere Beträge einsetzen würden. Wir haben eine klare Vorgehensweise mit dem Verwaltungsrat der IB Wohlen AG und legen jeweils aufgrund des Geschäftsganges die Dividende fest.

Degischer Oliver, SVP: Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, bezeichnet Walter Dubler den Einwohnerrat als Fantast. Offenbar wurde die Eigentümerstrategie nicht umgesetzt. Ich habe sie gelesen und unter den finanziellen Grundzielsetzungen stand, dass ein Eigenkapital von mindestens 40% nicht unterschritten werden darf. Zurzeit beträgt das Eigenkapital 60,9%. Somit gibt es noch genügend Spielraum, um Eigenkapital abzuschöpfen. Wir stellen daher folgenden Änderungsantrag: "Die Dividende der IB Wohlen AG ist auf CHF 1.2 Mio., gemäss dem Einwohnerratsbeschlusses vom 15. Oktober, anzupassen."

Jauslin Matthias, Vizeammann: Wir haben die Eigentümerstrategie mit der IB Wohlen AG gemeinsam erarbeitet und die wirtschaftlichen Ziele klar festgelegt. Eines der wichtigsten Ziele war, dass die Dividende basierend auf der Verzinsung des Unternehmenswertes festgesetzt werden würde. Dieser wurde damals in einer Studie bewertet. So ist es erklärbar, dass man die Dividendenhöhe von CHF 960'000.00 bestimmt hat. Es ist seltsam, dass einige Einwohnerräte der SVP eine Erhöhung der Erträge möchten aber beim Konto Sonderbeitrag Finanzausgleich die Erträge von CHF 520'000.00, die wir vom Kanton bekommen können, bekämpft. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen, es ist widersinnig, einer Aktiengesellschaft die Dividende zu diktieren, wenn es eine Eigentümerstrategie gibt, welche die Vorgaben der Dividendenhöhe definiert.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich habe niemanden als Fantast bezeichnet, aber am 10. Juni 2001 hat das Volk über die Verselbständigung der IB Wohlen AG abgestimmt und es wurde festgehalten, dass der Gemeinderat die Aktionärsrechte ausübt. In diesem Sinne liegt es in unserer Kompetenz, diese Aufgabe wahrzunehmen.

Thiébaud Alain, GLP: Ich lehne den Antrag heute ab, es ist Sache des Gemeinderates, die Bedingungen einmal im Jahr auszuhandeln. Zum Abschied möchte ich sagen, dass ich es wichtig und richtig finde, dass man dessen Arbeit genau anschaut.

Geissmann Armin, FDP: Wir wollen CHF 300'000.00 mehr, wer bezahlt diese? Die Einwohner Wohlens mit der Wasser- und Gasabrechnung.

Abstimmung

Der Antrag

beim Konto 9610.4451.00 Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen AG ist die Dividende der IB Wohlen AG auf CHF 1.2 Mio., gemäss dem Einwohnerratsbeschlusses vom 15. Oktober, anzupassen.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung abgelehnt. (Ein Mitglied ist nicht im Saal)

Seite 97, Konto 3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.

Brunner Edwin, SVP: Die Gemeinde vergibt jährlich Aufträge an externe Berater und Gutachter im Wert von CHF 647'500.00. Es lohnt sich, diese Vergabe genau anzuschauen und sich zu fragen, ob sie nicht eventuell etwas leichtfertig geschieht. Es gibt bei dieser Position grosses Einsparpotential, das müssen wir unbedingt nutzen. Bevor wir externe Berater beiziehen, muss der Bedarf ernsthaft geprüft werden und es sollten auch Konkurrenzangebote eingeholt werden. Es ist möglich, mit gutem Willen und Verständnis gegenüber der finanziellen Lage der Gemeinde, Projekte eigenständig zu prüfen und zu bewerten, ohne teure Experten hinzuzuziehen. Der Gemeinderat muss aktiv werden und unsere Finanzen entlasten. Die Vorhaben müssen intern bewertet und der Investitionsbedarf korrekt abgeklärt werden. Wir sehen hier ein Sparpotential von mehreren hunderttausend Franken. Der Vorschlag der SVP ist, den Budgetposten um zwei Drittel zu kürzen. Wir stellen folgenden Antrag: Der Budgetposten 3132 ist um CHF 427'500.00 auf neu CHF 220'000.00 zu kürzen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Antrag so nicht statthaft ist. Wir haben bereits über viele dieser Positionen einzeln abgestimmt und deshalb ist es nicht einleuchtend, dass wir jetzt über die Gesamtposition noch einmal abstimmen sollen. Wir sind in den Detaildiskussionen auf die Einzelpositionen eingegangen. Sie hatten die Möglichkeit Ihre Bewertung zu machen. Sie konnten Ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und darüber abstimmen. Deshalb, werde Präsidentin, sind wir der Meinung, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht noch einmal darüber abstimmen können.

Weibel Christoph, Gemeindeschreiber: Ich habe vorhin noch Rücksprache mit dem Finanzverwalter genommen, weil wir ein neues Rechnungslegungssystem haben. Es ist genau so, wie es Matthias Jauslin ausgeführt hat. Die Artengliederung, respektive die Erfolgsrechnung, ist der Zusammenschluss aller vorangehenden Positionen, das heisst man hat dort einzeln über diese Beträge abgestimmt. Deshalb ergibt es keinen Sinn, gesamthaft noch einmal darüber abzustimmen. Man würde damit die vorangegangenen Abstimmungen in Frage stellen.

Thiébaud Alain, GLP: Ich glaube auch nicht, dass es sinnvoll ist, noch eine Pauschalkürzung zu machen, egal ob diese zulässig ist oder nicht. Wir möchten anregen, dass man künftig weniger Aufgaben an externe Berater delegiert. Es ist eine Tendenz der Exekutive, dies zu oft zu tun und es sind Aufgaben darunter, die die Exekutive auch selbst wahrnehmen könnte. Die Kosten für externe Berater und Gutachter sollten möglichst gering gehalten werden und es müssen Prioritäten gesetzt werden, welche Expertisen man wirklich braucht. Allerdings denke ich, dass wir jetzt hier nicht direkt Einfluss darauf nehmen können.

Lütolf Harry, CVP: Der Antrag ist so sicher zulässig. Wir haben vorhin darüber diskutiert, ob wir für jede Position immer einzeln einen Antrag stellen wollen oder nicht. Wir haben uns dann dafür entschieden, es nicht zu tun, sondern einen Sammelantrag zu stellen. Zur Sa-

che möchte ich sagen, dass es in der Verwaltung die Tendenz gibt, Aufträge extern zu vergeben, das deckt sich mit meinen eigenen Erfahrungen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich beschäftige mich jetzt seit dreissig Jahren mit dem Budget der Gemeinde Wohlen und wir haben noch nie eine Abstimmung über die Artengliederung gemacht. Die Artengliederung ist nichts anderes als der Zusammenzug der einzelnen Posten und wenn man sich an einem Posten stört, stellt man dort den Antrag.

Weibel Christoph, Gemeindeschreiber: Wir haben am Anfang die einzelnen Positionen diskutiert und darüber abgestimmt. Jetzt noch über die Sammelposition abzustimmen, würde meiner Meinung nach die vorangegangenen und für gut befundenen Einzelpositionen in Frage stellen. Meines Erachtens ist der Antrag so nicht zulässig, das ist meine Rechtsauslegung.

Geissmann Armin, FDP: Wohlen plant und ich hoffe, wir werden uns nicht verplanen. Aber ich denke wir müssen mit Bedacht planen, damit wir später auch vorwärts kommen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Als wir die Casinofassade sanieren wollten, wurde sofort gefragt, ob wir alle Möglichkeiten abgeklärt und drei oder vier Meinungen von Experten eingeholt hätten. Plötzlich ist es nicht mehr leichtfertig, wenn man externe Experten verpflichtet, sondern in Ordnung. Wir setzen sicher keine Experten ein für Arbeiten, die wir auch selbst tun könnten, doch in der Komplexität der Projekte, die wir zum Teil bearbeiten, kommen wir nicht um die Zusammenarbeit mit Experten und die Erstellung von Gutachten herum.

Tanner Peter, SVP: Wir halten am Antrag fest. Vorhin wurde gesagt, dass man durchaus auch auf eigene Leute setzen könne. Wir wollen keine komplette Streichung. Vorhin haben wir über einzelne Beträge geredet, aber wenn man diese nun in der Summe sieht, ergibt sich ein grosser Totalbetrag. Wir wollen keine Reduktion, sondern die gleichen Ausgaben wie im Vorjahr.

Spörri Marlis, Präsidentin: Gemäss der Aussage von Gemeindeschreiber Christoph Weibel ist ein Antrag an dieser Stelle unzulässig, da bereits am Anfang über die einzelnen Positionen abgestimmt wurde. Man würde mit einem Antrag die vorangegangenen Abstimmungen in Frage stellen. Wir machen jetzt weiter mit der Sitzung.

Kontogruppe 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Dubler Walter, Gemeindeammann: Zum Thema Löhne möchte ich daran erinnern, dass das Personalreglement im Jahr 2004 geschaffen wurde. Es wurde eine Projektkommission eingesetzt, in welcher alle Fraktionen des Einwohnerrates vertreten waren. Eine der Zielsetzungen war die Einführung eines leistungsorientierten Gehaltskonzepts und es wurde auch festgehalten, in der Begründung der Besoldungsanpassung, dass Automatismen, wie Teuerungszulagen analog der kantonalen Regelung und leistungsabhängige definierte Dienstalterszulagen, entfallen würden. Die Lohnsummenentwicklung wird vom Einwohnerrat, im Rahmen der Budgetberatung, jährlich auf Antrag des Gemeinderats festgelegt. Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die allgemeine wirtschaftliche Situation und die regionale Arbeitsmarktlage sind zu berücksichtigen.

Zieht man einen Vergleich der Lohnerhöhungen zwischen Wohlen und dem Kanton, so sieht man, dass die Löhne in Wohlen von 2011 bis 2013 um total 2% erhöht wurden, die Löhne beim Kanton aber um 3.95%. Da wir letztes Jahr gar keine Lohnerhöhung gewährt haben, beantragen wir nun 1.5%. Sie müssen sich bewusst sein, dass der politische Prozess auch für die Verwaltung nicht immer eine einfache Aufgabe ist. Sie muss sich mit allen Resultaten und Diskussionen, die hier stattfinden, auseinandersetzen und sie mittragen. Ich

bitte Sie dem Gemeinderat zuzustimmen. Zum Steuerfuss hat sich der Finanzvorsteher ausführlich geäußert. Ich danke Ihnen für die weitgehend konstruktive Diskussion heute Abend.

Keller Anna, Grüne: Wir sind der Meinung, dass die geplante Lohnanpassung von 1.5% gerechtfertigt ist. In den letzten drei Jahren sind die vorgeschlagenen Erhöhungen immer wieder nach unten korrigiert worden. Deshalb haben die Gemeindeangestellten von Wohlen nur eine Lohnerhöhung von 2% erhalten, im Gegensatz zu den Kantonsangestellten die eine Lohnerhöhung von 3.95% erhalten haben. Dieser Unterschied könnte es für Gemeindeangestellte attraktiv machen, zum Kanton zu wechseln. In unserer Verwaltung wird gut und viel und häufig sogar am Limit gearbeitet, dafür danken wir den Gemeindeangestellten und dieser Dank soll sich auch im Lohn widerspiegeln. Darum unterstützen wir die Lohnerhöhung von 1.5%, sie ist gerechtfertigt.

Abstimmung

Die Anträge der CVP (1%) und der SVP (0%) werden einander gegenübergestellt:

Antrag CVP (1%):	18 Stimmen
Antrag SVP (0%):	9 Stimmen
Enthaltungen:	8 Stimmen

Der Antrag der SVP (0%) scheidet aus und der Antrag der CVP (1%) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt:

Antrag CVP (1%):	23 Stimmen
Antrag Gemeinderat (1.5%):	9 Stimmen
Enthaltungen:	4 Stimmen

Seite 110, Steuerfuss

Jauslin Matthias, Vizepräsident: Wir kommen nun zu einer entscheidenden Abstimmung. Ich habe die erfreuliche Mitteilung, dass wir die Rechnung 2013 gut abschliessen werden und voraussichtlich auch die budgetierten Steuererträge erreichen werden. Denken Sie aber daran, von 2009 bis 2014 hatten wir eine Zunahme der gebundenen Ausgaben von CHF 7'200'000.00, das sind 57.8%, und die Zunahme der Steuererträge im gleichen Zeitraum beträgt nur 15.2%. Die Parteien, die den Fortschritt möchten und den Eindruck haben, wir müssten auch die Gemeindefinanzen verbessern, müssen dem Steuerfuss von 116% zustimmen. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen zuzustimmen und diese Entscheidung nachher vor dem Volk zu vertreten.

Lütolf Harry, CVP: Wir haben unsere Argumente, weshalb wir einen Steuerfuss von 113% bantragen, bereits dargelegt. Da aufgrund der Mehrheitssituation eventuell ein Steuerfuss von 116% angenommen werden könnte, möchte ich der SVP-Fraktion empfehlen, dem Steuerfuss von 113% zuzustimmen.

Abstimmung

Die Anträge der CVP/FIKO (113%) und der SVP (109%) werden einander gegenübergestellt:

Antrag CVP/FIKO (113%)

Antrag SVP (109%)

Spörri Marlis, Präsidentin: Die Stimmen konnten nicht vollständig ermittelt werden. Es wird das Fehlen einer Stimme festgestellt. Das Wahlbüro erklärt die Abstimmung für ungültig und ordnet die Wiederholung an.

Die Anträge der CVP/FIKO (113%) und der SVP (109%) werden einander gegenübergestellt:

Antrag CVP/FIKO (113%): 13 Stimmen

Antrag SVP (109%): 20 Stimmen

Enthaltungen: 3 Stimmen

Der Antrag CVP/FIKO (113%) scheidet aus und der Antrag der SVP (109%) kann nun dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt werden.

Lütolf Harry, CVP: Ich stelle den Ordnungsantrag auf Wiederholung der Abstimmung. Die Begründung ist, dass einige Mitglieder des Einwohnerrates bei der zweiten Abstimmung nicht mehr gleich abgestimmt haben, wie bei der ersten Abstimmung. Ich bin der Meinung, dass sich die Einwohnerräte an das halten sollen, was sie in der ersten Abstimmung gestimmt haben. Es kann nicht sein, dass sich die Einwohnerräte bei der zweiten Abstimmung ganz anders verhalten. Ansonsten können wir ja jede Abstimmung wiederholen, bis das Mehrheitsverhältnis stimmt.

Brunner Edwin, SVP: Wir unterstützen den Ordnungsantrag. Wir wollen ebenfalls, dass noch einmal abgestimmt wird. Auch wir möchten, dass sich die Einwohnerräte an das Halten sollen, was sie in der ersten Abstimmung gestimmt haben, denn die erste Abstimmung entspricht der Wahrheit.

Thiébaud Alain, GLP: Wir haben die Abstimmung wiederholt, weil offenbar das Resultat unklar war, die Zählung hat nicht funktioniert. Deshalb ist die Argumentation, dass man abstimmen solle wie beim ersten Mal, mangels Überprüfbarkeit gar nicht möglich. Man muss das Resultat jetzt akzeptieren wie es ist.

Wille Franz, CVP: Hier haben viele Leute nicht so gestimmt, wie sie eigentlich wollten. Für mich ist entscheidend, ob die erste Abstimmung überhaupt ein klares Resultat ergeben hat. Das heisst, ob die Stimme der Person, welche überhaupt nicht abgestimmt hat, ein Einfluss auf das Resultat hatte oder nicht.

Spörri Marlis, Präsidentin: Wie bereits vorhin gesagt, konnten die Stimmen nicht vollständig ermittelt werden. Weiteres kann nicht mehr nachvollzogen werden.

Brunner Edwin, SVP: Wenn das Ergebnis der ersten Abstimmung nicht nachvollziehbar ist, dann ziehen wir unseren Antrag zurück.

Spörri Marlis, Präsidentin: Edwin Brunner, das geht nicht. Wir haben mit dem zweiten Abstimmungsergebnis ein gültiges Resultat.

Wahlbüro/Stimmenzähler: Wir haben bei der ersten Abstimmung um eine Stimme falsch gezählt. Das Resultat wäre gewesen 14 Stimmen für den Antrag der SVP zu 15 Stimmen für den Antrag der CVP und 7 Enthaltungen. Der Antrag der CVP hätte eigentlich gewonnen.

Weibel Christoph, Gemeindeschreiber: Der Sinn und Zweck von Abstimmungen ist es, den Parlamentswillen zum Ausdruck zu bringen. Wenn dies in einem ersten Durchgang nicht-möglich ist, dann wird ein zweiter durchgeführt. Es ist der politische Prozess, dass diese Abstimmung zu einem anderen Resultat führen kann. Wenn der Eindruck entsteht, dass dem Parlamentswillen nicht stattgegeben wurde, dann kann die Abstimmung – unter der Voraussetzung, dass der Ordnungsantrag angenommen wird – wiederholt werden. Es kann keine Direktive an die Parlamentarier errichtet werden, wie sie abzustimmen haben.

Spörri Marlis, Präsidentin: Verstehe ich das richtig, dass wir jetzt über den Ordnungsantrag abstimmen müssen?

Weibel Christoph, Gemeindeschreiber: Ein Ordnungsantrag über die Wiederholung einer Abstimmung gibt es formell betrachtet nicht. Es liegt jedoch im Interesse von allen Mitgliedern des Einwohnerrates, dass wir zum Ende ein Resultat haben, welches nachvollziehbar ist und den Parlamentswillen zum Ausdruck gibt. Es obliegt der Präsidentin und dem Ratsbüro, ob die Abstimmung erneut wiederholt werden soll.

Lütolf Harry, CVP: Es geht jetzt nur noch darum, ob unsere Stimmenzähler sicher sind, dass die erste Abstimmung korrekt ausgezählt wurde. Wir haben ein Resultat gehört. Sollte die Abstimmung tatsächlich wiederholt werden, stellt sich die Frage, ob die SVP ihren Antrag zurückzieht. Bei einem Rückzug, würde sich ja die ganze Abstimmung erübrigen.

Brunner Edwin, SVP: Die SVP hat vorhin bereits den Rückzug bestätigt. Wir warten jetzt lediglich auf die Entscheidung des Ratsbüros.

Stirnemann Alex, SP: Der Rückzug der SVP geht nicht, wir haben bereits darüber abgestimmt. Wenn wir jetzt noch einmal abstimmen, dann stimmen wir ein zweites Mal über das Gleiche ab. Es kann ja nicht sein, dass solange über etwas abgestimmt wird, bis alle zufrieden sind.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Wir haben vorliegend genau so einen schwierigen Fall, wie er werden kann, wenn abstimmungstaktische Spielchen gespielt werden. Es kann auch mal passieren, dass das Wahlbüro falsch zählt oder jemand vergisst abzustimmen. Es gibt hier keinen anderen Weg als die Abstimmung zu wiederholen und die beiden Anträge von 113% und 109% erneut einander gegenüber zustellen. Es liegt nicht an mir an die Mitglieder einen Appell der Vernunft zu richten, dass wieder im Sinn und Geist der ersten Abstimmung abgestimmt wird. Meiner Meinung nach kann die SVP ihren Antrag nicht zurückziehen, da bereits darüber abgestimmt worden ist.

Thiébaud Alain, GLP: Ich schliesse mich der Meinung von Alex Stirnemann an. Die erste Abstimmung ist ungültig, weil kein Resultat zustande gekommen ist. Daran ändert auch eine spätere Verkündung des Wahlbüros nichts mehr. Die Abstimmung wurde wiederholt und ein paar Einwohnerräte haben anders gestimmt als zuvor, das ist zulässig. Der Antrag der SVP hat in dieser zweiten Abstimmung gewonnen, demzufolge ist die Abstimmung nicht zu wiederholen. Es ist der Antrag der SVP dem Antrag des Gemeinderates gegenüber zu stellen, es gibt keine andere Lösung.

Lütolf Harry, CVP: Die SVP kann ihren Antrag zurückziehen. Eigentlich müsste das Resultat am Schluss 113% lauten.

Suter Stephan, SP: Einige Leute haben sich jetzt verspekuliert, damit müssen wir jetzt umgehen. Wir haben das Spiel angefangen und müssen es jetzt auch zu Ende führen, ansonsten ist der Einwohnerrat absolut unglaublich.

Spörri Marlis, Präsidentin: Das Ratsbüro ist der Meinung, dass die CVP, wenn gewünscht, einen Rückkommensantrag, gemäss § 28 des Geschäftsreglementes, stellen kann. Wir weisen darauf hin, dass dieser zur Annahme die Zweidrittelmehrheit benötigt.

Wille Franz, CVP: Ich bin persönlich der Ansicht, dass nur zwei Personen hier feststellen können, wie die Abstimmung lief, nämlich die beiden Stimmenzähler, sprich das Wahlbüro. Diese haben sich geäussert und für mich würde das reichen, da ich Vertrauen zu ihnen habe. Da wir damit jedoch nicht weiterkommen, stelle ich den Antrag, gemäss § 28 des Geschäftsreglements, auf Rückkommen auf die Abstimmung.

Thiébaud Alain, GLP: Damit werden nun die beiden Anträge von 109% und 113% noch einmal gegenüber gestellt, ist das korrekt?

Spörri Marlis, Präsidentin: Das ist korrekt Alain Thiébaud. Ich stelle fest, dass derzeit 36 Mitglieder des Einwohnerrates anwesend sind. Somit beträgt das absolute Mehr 19 und die Zweidrittelmehrheit 24.

Burkard Thomas, Grüne: Damit bin ich nicht einverstanden. Wir müssen zuerst definieren, welche Steuerfüsse gegenübergestellt werden sollen. Es müssen dieselben Voraussetzungen wie vor der Abstimmung geschaffen werden. Wenn die SVP ihren Antrag zurückzieht, verändert das die Situation.

Weibel Christoph, Gemeindeschreiber: Ich versuch jetzt zu rekapitulieren. Wir hatten eine erste Abstimmung, die ein unklares Resultat hervorbrachte. Die Präsidentin und das Ratsbüro haben deshalb entschieden, die Abstimmung zu wiederholen. Dann hatten wir eine zweite Abstimmung, die formell einen Beschluss hervorbrachte, nämlich die 109%. Dann hat Harry Lütolf, im Rahmen des Verfahrens, einen Ordnungsantrag gestellt. Ein Ordnungsantrag ist jedoch für die Wiederholung einer Abstimmung im formellen Sinn nicht vorgesehen, sondern ein sogenannter Rückkommensantrag. Dieser benötigt eine Zweidrittelmehrheit. Der Rückkommensantrag bezieht sich meiner Ansicht nach auf die letzte Abstimmung, welche eigentlich formell rechtskräftig war. Wenn man darauf zurückkommt, haben wir eine Ausgangslage, die es der SVP erlauben würde, den Antrag zurückzuziehen.

Thiébaud Alain, GLP: Ich sehe dies von der Rechtslage her wie Gemeindeschreiber Christoph Weibel. Jetzt muss man sich überlegen, ob man den Rückkommensantrag unterstützen will oder nicht.

Abstimmung

Der Rückkommensantrag

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen abgelehnt. Die Zweidrittelmehrheit von 24 Stimmen wurde nicht erreicht.

Abstimmung

Der Antrag der SVP (109%) wird dem gemeinderätlichen Antrag (116%) gegenübergestellt:

Antrag Gemeinderat (116%):	20 Stimmen
Antrag SVP (109%):	12 Stimmen
Enthaltungen:	4 Stimmen

Seite 110, Genehmigung des Budgets 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 116%

Wille Franz, CVP: Mir gefällt der Schluss der heutigen Debatte gar nicht. Wir könnten jetzt von unserer Seite gegen das Budget stimmen, werden dies aber nicht tun. Der Rat hat entschieden und wir stimmen dem Budget zu.

Tanner Peter, SVP: Franz Wille Sie können 109% unterstützen beziehungsweise Nein sagen zum Budget, es wird aber nichts bringen.

Abstimmung

Das Budget 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 116% wird mit 20 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen mit 6 Enthaltungen angenommen.

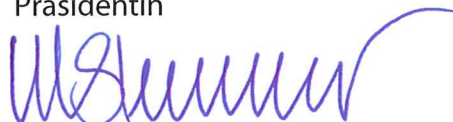
Spörri Marlis, Präsidentin: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 4. November 2013 um 18.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Marlis Spörri,
Präsidentin



Michelle Steinauer,
Gemeindeschreiber-Stv.